

Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1 Mark, halbjährlich 1 Mark 80 Pfennig, jährlich 3 Mark 40 Pfennig.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Zeit und Welt' sowie den Beilagen 'Unterhaltung und Wissen', 'Aus der Filmwelt', 'Frauenstimme', 'Der Arbeiterfreund', 'Jugend-Berichte' und 'Blitz in die Welt' erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 8. September 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise: Die einpaltige Nonpareil-Spalte 80 Pfennig, Reklamspalte 5.- Reichsmark, 'Kleine Anzeigen' das sechsbedruckte Wort 15 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Bureau des Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden.

Heute Vollversammlung in Genf.

Erster Punkt: Aufnahme Deutschlands.

V. Sch. Genf, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Palais des Völkerbunds, das seit gestern abend verwaist geblieben war, herrscht heute nachmittags wieder sehr reges Leben.

- 1. Aufnahmege such Deutschlands; 2. Resolution des Rats vom 4. d. M. betreffend a) Ernennung Deutschlands zum ständigen Ratsmitglied, b) Erhöhung der nichtständigen Ratsitze auf neun; 3. Vorschläge der Studienkommission über das Verfahren bei der Wahl der nichtständigen Mitglieder und über die Dauer ihrer Mandate.

Hinsichtlich der Punkte 1 und 2 schlägt das Präsidium vor, daß diese Beschlüsse ohne die sonst übliche Zurückverweisung an die Kommission gefaßt werden.

Dagegen soll der Punkt 3 der Rechtskommission überwiesen werden, wobei diese ersucht werden soll, sobald wie möglich ihren Bericht zu erstatten.

Unmittelbar danach trat die Rechtskommission unter Mottas Vorsitz zusammen. Dieser empfahl die Annahme des oben angegebenen Verfahrens. Ransen-Norwegen erhob sich zwar, um das Wort zu ergreifen, Motta erwiderte ihm aber, darauf zu verzichten, da er in der Vollversammlung Gelegenheit hätte, seine Ausführungen zu machen.

Über gewisse Deutschnationale stellen sich empört und felsen vor 'Schleichung', weil die Vollversammlung durch einen einzigen Beschluß den ständigen Ratsitz für Deutschland und die Schaffung der neun nichtständigen Ratsitze genehmigen soll; das sei ein Bruch der Märzvereinbarungen, man hätte über beide Fragen getrennt abstimmen sollen, damit Deutschland seinen ständigen Ratsitz unabhängig von den neuen nichtständigen Sitzen erhält.

Während die Kommissionen berieten, trat auch der Rat zusammen und erledigte den Rest seiner Tagesordnung: Sanierung Oesterreichs, Bericht der vorbereitenden Wirtschaftskonferenz, bulgarische Flüchtlingsanleihe, griechisch-bulgarisches Flüchtlingsabkommen. Der Punkt:

Militärischer Transitverkehr durch das Saargebiet. Gegen den sich das Saarparlament wendet und über den eine sozialdemokratische Saardelegation heute privatim mit Genossen de Brouckere verhandelt hat, wurde auf Antrag des Berichterstatters Scialoja auf die nächste Session des Rates, vermutlich im Dezember, vertagt, damit diese Frage, wie Scialoja hervorhob, erst in Gegenwart Deutschlands im Rat behandelt werde.

Man könnte zwar diese Frage noch auf der Rats-tagung im September nach Eintritt Deutschlands und nach der Wahl der neuen nichtständigen Ratsmitglieder behandeln, man will aber vermeiden, daß einer der ersten und wenigen Beratungspunkte, die Deutschland und Frankreich gemeinsam im Rat betreffen, gerade eine militärische Saargelegenheit sei. Die Verlegung auf den Dezember, so wird von Franzosen versichert, soll nicht der Verschleppung dienen, sondern lediglich dem Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit mit Deutschland. Vielleicht einigen sich sogar die hauptsächlich beteiligten Länder in der Zwischenzeit auf direktem Wege, ohne den Völkerbundsapparat in Bewegung zu setzen, und bringen vor den Rat im Dezember eine fertige Lösung dieser schwierigen Angelegenheit, die den Wünschen der Beteiligten entspricht und die der Rat nur zu genehmigen braucht.

Mit der heutigen Sitzung hat der Rat seine 41. Session beendet.

Der Rat, dem Deutschland zum erstenmal angehört, wird ein neuer Rat sein; das geht schon daraus hervor, daß mindestens zwei Länder ausscheiden, die nicht mehr kandidieren, um anderen den Platz zu räumen: die Tschechoslowakei wird durch Rumänien, Schweden durch einen anderen nordischen Staat ersetzt werden.

Weitere Ratsbeschlüsse.

Genf, 7. September. (WLB.) Außer der Vertagung der Saargefrage auf Dezember beschloß der Völkerbundrat heute, den Generalsekretär mit der Einberufung einer Konferenz von Regierungsvertretern zu beauftragen, auf der ein internationales Abkommen zur Abschaffung von Verboten und Sperrmaßnahmen gegen Ausfuhr und Einfuhr geschaffen werden soll.

Die Anleihe an Bulgarien bewilligt.

Genf, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) In öffentlicher Sitzung hat der Völkerbundrat am Dienstag die Bulgarien zu gewährende 400 000 Pfund-Sterling-Anleihe einstimmig gewährt, und zwar, ohne daß die Nachbarmächte Bulgariens, die in der vorbereitenden Kommission vertreten waren, Widerspruch erhoben haben.

Keine Rundfunksendung aus Genf!

Wir haben bei der Deutschen Rundfunkgesellschaft, die für die Übertragung aus dem Auslande zuständig ist, angefragt, ob die Deutschen Hörer die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund im Radio werden verfolgen können. Wir erhielten die Auskunft, daß das dieses Mal aus technischen Gründen leider nicht möglich sei.

Wie sich aus dieser Auskunft ergibt, ist es also zumindest ein Mangel an Initiative bei den verantwortlichen Stellen gewesen, der es verschuldet, daß die Massen der deutschen Radiohörer darauf verzichten müssen, Ohrenzeugen des historischen Ereignisses der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu werden.

Zwischenfall in Athen.

Aufhebung der Republikanischen Garde.

Athen, 7. September (Reuters.) Ein noch nicht völlig geklärter Vorfall hat sich hier zugetragen. Die Republikanische Garde marschierte plötzlich nach der Vorstadt Agia Paraskevi und kehrte erst, nachdem ihre Patrouillen zu Fuß und zu Pferde nachgefangt worden waren, nach Athen zurück.

Die siegreich vordrückenden Kantontuppen haben die Hauptstellung am Jangtse eingenommen. Wupesiu ist auf dem Rückzug. Der Kampf dauert 30 Kilometer von Hankau an. Die zurückstuhenden Truppen beunruhigen die Bevölkerung.

Türkische Diktaturmethoden.

Die Ausrottung der Jungtürken.

Von Hermann Wendel.

Sie haben alle binnen weniger Jahre ein schmähliches Ende genommen, die einst gefeierten und allmächtigen Größen des Jungtürkentums. Da sie seit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs im Herbst 1918 unfeindlich und flüchtig in der Welt umherirren, fand Enver Pascha im wilden Turkestan einen ähnlich gewaltigen Tod wie Talaat Pascha in der friedlichen Hardenbergstraße Berlins, und das gleiche Schicksal ereilte Dschemal Pascha in Tiflis.

Unser unentwegten Kriegspatrioten freilich mag bei der jüngsten Entwicklung etwas sauer aufstossen, denn diese Jungtürken waren von 1914 bis 1918 ihre dicksten Freunde. Kein Hindenburg-Stammisch, an dem nicht wenigstens einer die harte Nuß des Türkischlernens zu knacken suchte, keine hochgemute Thunfische, die nicht für den schneidigen Enver mit dem schneidigen Schnurrbart jungfräulich schwärmte!

Wurde vor dem Angoraer Tribunal die ganze schmutzige Wäsche der Jungtürken gewaschen, so verweilte das Gericht bei zwei Stellen am liebsten. Immer wieder wurde der Eintritt der Türkei in den Weltkrieg erörtert, und es ergab sich, daß nicht einmal ein halbes Duzend Leute, nämlich der Großwesir Said Pascha sowie Enver, Talaat und Dschemal, ohne Zustimmung des Kabinetts, erst recht ohne Befragung der Kammer ihr Land in dieses Unheil geschleudert hätten.

Das einzige, was Dschawid Bey nachgewiesen wurde und was er selbst zugestand, war eine Zusammenkunft jungtürkischer Führer im Frühling 1923 in seinem Hause, die eine Teilnahme an der Politik Angoras beschloß und ein Programm für eine neue Partei entwarf.

politische Lustzug verpönt ist. Das Ganze wird nur grotesker durch die Tatsache, daß Kemal und die Seinen im Persönlichen wie im Politischen nichts als die Erben des Jungtürkentums sind. Ohne das „Komitee Einheit und Fortschritt“, das 1908 den Absolutismus des Sultans zerbrach, kein kemalistischer Umsturz alles Ueberlieferungen in der Türkei! Aber nicht wie in dem Ringen zwischen Berg und Gironda Anno 1793 bekämpft in diesem unentwickelten Lande eine Partei, die die Revolution weitertreiben will, eine andere, die zum Bremsen bereit ist; nicht wie hinter Berg und Gironda stehen hinter Jungtürken und Kemalisten verschiedene Gesellschaftsschichten, gegensätzliche soziale Interessen, sondern Dschawid und Kemal, der Gehängte und Hängende, sind, auf ihre politischen Gegensätze hin angesehen, gepupst wie gesprungen, jeder der Vertreter einer kleinen Clique, deren eine an der Macht ist und deren andere an die Macht möchte. Es handelt sich um einen zähen Machtkampf weit eher von Personen als von Parteien, wobei man seelenruhig die Rechtspflege zur Ausrottung ungewisser Gegner benützt.

In den Tagen der Prozesse von Smyrna und Angora ist die wirtschaftliche Emanzipation der Türkei vom Ausland insofern fortgeschritten, als seit dem 1. Juli zwischen türkischen Häfen nur mehr türkische Schiffe den Warenverkehr vermitteln dürfen. Aber Kenner bezweifeln, ob die unvollkommene einheimische Schifffahrt dieser Aufgabe zu genügen vermag. Auch weist der Rückgang der Getreideerzeugung, wie er sich in den Ernteziffern ausdrückt, wieder einmal darauf hin, welchen Verlust auch für die türkische Landwirtschaft die Ausreibung der griechischen Bevölkerung, eine der Gewaltmaßnahmen des fremdenfeindlichen kemalistischen Chauvinismus, bedeutete. Die Ausrottung der Jungtürken rundet das Bild eines Systems ab, das mit Gewalt und Chauvinismus weiter wirtschaftet, und immer mehr erscheinen die vielgepriesenen Reformen als Kulisse, die sich vor der hemmungslosen Diktatur einiger weniger aufbaut. Aber selbst wenn Mustafa Kemal Pascha starke Nerven hat, wird ihm in einer dieser Nächte der Wind von den Jungtürken-Galgen Smyrnas und Angoras die Mahnung zugehört haben, die manchmal auf Grabsteinen zu lesen steht: „Was wir waren, bist du! Was wir sind, wirst du sein!“

Deutschnationale Stänkerei in Genf.

Gegen Albert Thomas.

Die Deutschnationalen wollen, wenn Deutschland seinen Eintritt in Genf vollzogen haben wird, sich gütigst auf den Boden der Tatsachen stellen, die Regierung übernehmen und als Minister Bölkerbundspolitik treiben. Einstweilen benützen deutschnationale Journalisten in Genf jede Gelegenheit zu Klatsch und Stänkerei niederster Art, um die internationalen Einrichtungen und ihre Repräsentanten zu verächtlichen. So ließ sich z. B. am letzten Sonntag die „Deutsche Tageszeitung“ von ihrem Scheuermann aus Genf telegraphieren, der Leiter der Saardelegation, Herr Köhling, habe den Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, auf die unhaltbare Lage aufmerksam gemacht, die im Saargebiet durch das Schwanken der Frankenvährung entstanden sei, und Thomas habe die Hoffnung ausgesprochen, daß es der französischen Regierung gelingen werde, den Franken zu stabilisieren. Das gibt dann den deutschnationalen Journalisten Anlaß zu Bemerkungen über das Gehalt des Direktors des Internationalen Arbeitsamts und über die Frage, in welcher Währung dieser wohl seine Ersparnisse anlegen werde.

Genosse Thomas hat auf diese persönliche Anstänkerung mit der folgenden sachlich vornehmen Erklärung geantwortet, die er dem Genfer Korrespondenten des „Soz. Pressebüros“ übergeben hat:

„Herr Köhling, der bei seinen häufigen Besuchen in Genf sich manchmal mit mir unterhalten hat, hat keineswegs erwähnt, daß er bei seinem jetzigen Besuch offiziell als Leiter der Saardelegation“

zu mir käme. Er erklärte mir, daß die Industriellen des Saargebietes gewisse Maßnahmen getroffen hätten, um den Gefahren, die die Schwankungen des Franken oder einer doppelten Währung für die Arbeiter des Saargebietes mit sich bringen könnten, vorzubeugen. Er hat mich gebeten, die Vorteile solcher Maßnahmen klarzulegen, falls sie bei den Arbeitern der Staatsgruben angewendet werden sollten. Ich ersuchte ihn, mir die Dokumente zukommen zu lassen, die mir ermöglichen würden, mir ein Urteil darüber zu bilden. Ich sagte ihm, daß ich, wie gewohnt, meine Idee mit meinem persönlichen Eindruck den zuständigen Stellen offiziell übergeben werde. Ich hatte in keinem Augenblick eine Meinung als Direktor des Internationalen Arbeitsamts zu äußern. Das Internationale Arbeitsamt hat sich nie mit diesen Fragen befaßt und es wäre im übrigen dem Direktor nicht zugekommen, in einer solchen Angelegenheit offiziell Stellung zu nehmen.“

Es ist eine Schande, daß ein Ausländer in Genf nicht mit einem Deutschen in Genf ein Privatgespräch führen kann, ohne dafür mit einer Schmutznotiz in der deutschnationalen Presse beehrt zu werden. Die deutsche Sache und das deutsche Ansehen werden durch solche Methoden auf das empfindlichste geschädigt.

Wulles Weg in die Heimat.

Das Urteil seiner Freunde.

Die Reichstagsung der „Deutschnationalen Freiheitspartei“ — für Leute, die die vielerlei Splittennamen der Antisemiten nicht auswendig wissen, sei hier eingefügt: das ist die Gruppe um Wulle und Graefe — gibt dem ehemaligen Putschgenossen von der Hitler-Fraktion willkommenen Anlaß zu blutigem Hohn. Im „Völkischen Beobachter“ Hitler-Ludendorffs wird den Wulle-Leuten bescheinigt, daß sie „auf dem richtigen Wege“ seien, nämlich auf dem Weg in die deutschnationale Mutterpartei. Dort gehörten sie eigentlich hin. Schon die Tatsache, daß sie sich in Sachsen auf die „nationale Einheitsliste“ mit den Streifenmännern und den Hergt-Leuten setzen ließen, beweiße, wie weit sie heruntergekommen seien.

Dem Herrn Wulle sei „sehr genau bekannt, daß die Deutschnationale Freiheitspartei zwar eine Anzahl von Ortsgruppenführern besitze, aber keine Ortsgruppen selbst. Diese sind nach und nach eingeschrumpt und somit eines ganz natürlichen Todes gestorben. Außer Mecklenburg ist so gut wie nichts übrig geblieben von der Wulle-Bewegung und er hat somit sehr einsichtsvoll gehandelt, zu den sächsischen Wahlen keine eigene Liste aufzustellen.“

Außerdem gehören, so läßt Hitler weiter verkünden, die Wulleleute auch innerlich schon längst wieder zu den Deutschnationalen, deren Politik durch ihr halbseitiges Verhalten beim Dawes-Gesetz gekennzeichnet ist. Es würde bei dem Wiederantritt an Herat eine läbliche Kabbalerei um die sicheren Kandidaturen geben, da ohne die parlamentarische Herrlichkeit ja die ganze Partei „führerschaft“ aufhöre. Innerhalb der deutschnationalen Partei könnten sie wenigstens noch ein bißchen den antisemitischen Schopf neu aufräubern, zumal die Deutschnationalen die Judenfeindschaft um der politischen Geschäfte willen haben einschleifen lassen.

Die einzige Sorge für die Wulle-Leute bleibt allerdings die Frage, ob die Deutschnationalen sie überhaupt wiederhaben wollen. Aber der Graefe-Wulle-Partei bleibt nur die Wahl: „Deutschnationale Volkspartei oder — einzuschrumpen und an Blutarmut zu sterben!“

Das ist bitterer Hohn, aber auch bitterer Ernst. Nur, daß den Hitler-Leuten nicht einmal mehr diese Wahl bleibt. Sie werden bald nur noch als Rumien im Museum gezeigt werden.

Rückrechnung an Mexiko. Mehr als 3000 Bürger der Vereinigten Staaten haben angeblich Schadensersatzforderungen von 300 Millionen Dollar bei der mexikanischen Regierung aus Anlaß von Schäden eingereicht, die sie während der Revolution erlitten.

Der Kaiserliche.

Und seine Gäste.

Es gibt in der Republik wirklich noch einen Kaiserlichen Jachtklub. Der feiert jedes Jahr ein Sommerfest, und jedes Jahr erscheinen dabei Mitglieder des Hohenzollernhauses. Man liest über das diesjährige Sommerfest:

Wie stets bei den Festen des Kaiserlichen Jachtklubs waren Mitglieder des Hohenzollernhauses erschienen. Die Kronprinzessin wollte für einige Stunden unter den fröhlich feiernden, auch Prinz Eitel Friedrich war zugegen. Die Admiralität war durch Erzengel von Zentler vertreten. U. a. waren auch die Admirale v. Reuter und Philipp sowie der Regierungspräsident von Potsdam, Dr. Romm, erschienen.

Der Regierungspräsident von Potsdam, Beamter der Republik, wird es sich sicher nicht nehmen lassen, den Kronprinzen bei seiner Ueberbesuchung nach Potsdam als hochwillkommenen Gast zu begrüßen. Admiral von Zentler hat eben erst als Vertreter des Reichswehrministeriums Strofantrag gegen den „Vorwärts“ gestellt, weil er seinen Soccosoffizieren nachgesagt hat, sie hätten sich im Auslande wie Ronarchisten betragen. Er wird im Kaiserlichen Jachtklub ob seiner Fröhsheit nicht wenige Glückwünsche erhalten haben. Der Kaiserliche Jachtklub hatte bis vor kurzem auch die Ehre, neben den Mitgliedern des Hohenzollernhauses und so prominenten Beamten der Republik den Assessor Kuhmann zu seinen Mitgliedern zu zählen. Nur sagt man, dieser Beamte der Republik sei selbst dem Kaiserlichen Jachtklub zuviel gewesen und sei mit Schande wegen unehrenhafter Handlungen hinausgeworfen worden. Aber sonst, ja sonst hätte der Assessor Kuhmann gut in die Gesellschaft gepaßt.

Der Magdeburger Mordprozess.

Verhandlung nächste Woche.

In der Magdeburger Mordaffäre Schröder ist, dem Antrag der Staatsanwaltschaft entsprechend, das Hauptverfahren vor dem Schwurgericht in Magdeburg wegen Mordes an dem Buchhalter Helling eröffnet und der Termin zur Hauptverhandlung am 16. und 17. September anberaumt worden.

Außer Haas, Fischer und Reuter, die von Schröder der Anstiftung bzw. der Beihilfe zum Mord an dem Buchhalter Helling beschuldigt worden waren, ist auch die Braut Schröders, Hildegard Göhe, nunmehr außer Verfolgung gesetzt worden. Sie wird nicht als Angeklagte, sondern als Zeugin auftreten. Allein Angeklagter bleibt Schröder, dem bekanntlich Raubmord, Urkundenfälschung und Betrug vorgeworfen wurde. Schröder ist im Untersuchungsgefängnis wegen seines am Sonntag verübten Ueberfalls auf den Gefängnisbeamten an Händen und Füßen gefesselt. Er hat jedoch verlangt, daß man ihm die Fesseln abnehme, da er eine neue Verteidigungsschrift abgeben will. Wahrscheinlich wird es Schröder gestattet werden, die neue Verteidigungsschrift aufzusetzen und zu diesem Zweck werden ihm die Fesseln an den Händen abgenommen, doch wird während dieser Zeit ständig ein Beamter neben ihm Wache halten. Da er außerdem Selbstmordabsichten geäußert hat, wird auch in der Nacht seine Zelle von Wachtstunde zu Viertelstunde von Gefängnisbeamten revidiert. Zur Strafe für seinen Ausbruchversuch darf Schröder übrigens jetzt im Gefängnis keine Briefe und Zeitungen mehr empfangen, was ihm bis Sonntag immer noch erlaubt war. In den letzten Tagen hat Schröder durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Jaepfer neue Beweisanträge stellen und weitere Zeugen laden lassen. Insgesamt sind bisher über 30 Zeugen und 6 Sachverständige geladen, darunter 2 Mediziner, die sich über den Geisteszustand Schröders äußern sollen, die beiden Ärzte, die über die Obduktion der Leiche Helling's berichten werden und ein Sachverständiger. Die Verhandlung gegen Schröder beginnt, wie vorgesehen, am Donnerstag, den 16. September. Die Anklage wird Oberstaatsanwalt Dr. Rasmus vertreten.

Landgerichtsdirektor Dr. Böwenhals, der den Vorsitz führt, hofft, den Prozess in 2 Tagen durchzuführen zu können, aber nur für den Fall, daß Schröder keine neuen Behauptungen aufstellen sollte. Für diesen Fall wäre allerdings mit einer Ausdehnung des Verfahrens zu rechnen. Von der Verteidigung ist sowohl die Vernehmung des Kommissars Tenhold wie des Fabrikanten Haas im Laufe der Beweisaufnahme beantragt worden, während das Gericht den Untersuchungsrichter Kölling, Tenhold und Haas nur für den äußersten Fall vernehmen wollte, daß Schröder von seinen bisherigen Angaben ganz abweichen sollte.

Interieur.

Ein Stimmungsbild aus dem alten Westen.

Von Richard Kainet.

Interieur heißt: Inneres. Es wird dargestellt durch eine Menge äußerer Dinge in einem Raum. Aber diese Dinge sind mehr als das Innere eines Raumes, sie sind Innerlichkeit, stehen in einem stummen Konzert, bilden die gedämpfte Instrumentation eines wildbewegten Mit-, Nach- und Gegeneinanders von Schicksalsmelodien. Dinge des Gebrauchs und des Brauchs, wie sie eingestellt, umgestellt, weggestellt und hinzugefügt werden in einem Raum, wo Menschen wohnen und sich gewöhnen, sind ein rührendes Dokument des gesamten menschlichen Kräftepiels ihrer jeweiligen Gegenwart. Ein jedes Interieur offenbart irgendwie und noch so leise die Ganzheits-eigenschaft, den charakteristischen Widerspruch, das verbindende Element der gesellschaftlichen Totalität. Im Atom spiegelt sich das All und im Zimmer die Gesellschaft.

Ich bin zu Gast. Dort, wo der Spreetank laßt und still, schwebend reglos, von der geschäftigen Ufermauer gebannt, zwischen baumbestandenen Fahrzeilen steht, auf denen unaufhörlich Taxen und Autobusse und Privatwagen dahinflitzen. Ihr Anfang und ihr Ziel sind laute Stätten des Schwall, sie haben keinen Aufenthalt vor diesen Häusern mit ihrer abstrakten, mühsam noch gewohnten Zurückgezogenheit, die einst der vollendete Ausdruck des Machtbewußtseins einer abgeschlossenen Klasse war. Die Wohnhäuser zeigen alle eine pedantische, engbrüstige Renaissancebauart unter schmühiger Oberfläche. Verhohlene Kargheit, unverschämter Stolz stehen ihnen in die Fassade geschrieben. Geheimräte und Majore fühlen sich hier einig, aber in ihre legitimen Reihen haben Böbel und Pardenus längst Bresche geschlagen. An den Halbfellern für stumm-erbundene Hausgeister hängen jetzt die bunten Schilder von Kramläden und Kneipen, an den Portalen glänzen die nächsten Firmennamen von Rechtsanwältinnen und Interessenverbänden.

In einem dieser Häuser wolle ich als Gast. Bestreit vom Reiseband, streife ich den Körper auf den Divan mit dem Rechte des ermüdeten Anstömmlings, den man allein sitzen und ruhen läßt. Doch bei wem eigentlich bin ich zu Gast? Streng und ungebärdigt blicken aus den oalen Goldrahmen die überliefernten Herren dieser Räume auf mich nieder, der Fotografier im gestickten Frack, der Geheimrat mit dem Vatermörder, der Oberst mit dem wehenden Badenbart und der milchgeschichtete Kadett in dem uns noch bekannten bunten Rock, den er mit einem erdbeerbenen und bald danach wohl mit einem erdberen vertauscht. Doch mit der gleichen Betrachtung strafen sie wohl auch den gegenwärtigen Bewohner, den lustigen kleinen Kaufmann, der respektlos sich zwischen all den Heiligthümern dieser beiden Altszimmer umherbewegt, der dem verblühten Glanz hohn spricht und durch rohe Einfügung moderner Zweckgegenstände aus dem kleinen Empfangsalon ein Bureau, aus dem feierlichen großen Salon ein saloppes Schlafzimmer betritt. Ein Wirbelwind von Geschäftigkeit legt die traurigsten Rippen aus dem Glaschron, in dem sich jetzt geschwollene Aktien und diese Ordner brüsten.

Der winzige Papiertorb, in dem sich einst höchstens die mißglückten Konzepte zärtlicher Briefe des Leutnants oder eines Abschiedsgesuchs des ergrauten Obersten fanden, quillt jetzt über von profanen Offerten und Umschlägen. Im Schlafsalon trägt der zarbenige Tretsch ein Hochfrequenzapparat mit Schaltern, Kontakten und Elektroden. Der mit Blasengetöse verzierte Spiegel argert sich grüne Flecke in seinen Querschnitt über eine Massenemonstration von Flöten, Bächen und grüßartigen Toiletteninstrumenten. Ueber den grauhäutigen Stuhlhaken hängen Anzüge, die darauf warten, ihrem Herrn für diese oder jene Gelegenheit zu dienen. Auf dem Tisch aber, dem einfügen Mittelpunkt feierlichsten Familien-gesamts, liegt aufreizend und frisch ein rotes Dessous. Die Decke des altmodischen Rahmgonneleits zeigt noch die zarte Rückenwölbung der kleinen Freundin, die hier eine Zigarette paffte. Den Rest zerdrückt sie in der Kristallschale beim freudigen Aufspringen über den Anblick des Gesichts. Noch wehen die hohen verflochtenen Seidenportieren leise zornig über das frivole Paar, das schäfernd durch die Tür verschwand und mir auf der Schwelle einen freundschaftlich-schmerzhaften Blick zuwarf. Bei diesem in der Liebe wie im Geschäft gleichermaßen energischen Herrn bin ich Gast im rechtsstaatlichen Sinne, doch bin ich es wirklich, innerlich? Mein Gastgeber ist nicht mein Gastfreund; er erweist mir alle erdenkliche Liebenswürdigkeit wegen eines großen Dienstes, den er von mir erwartet. Für ihn gibt es nicht Gabe, nur Gegengabe, nicht Geschenk, sondern einzig Äquivalent. Alle Beziehungen zwischen sich und anderen sind dem Kaufmann zweckbestimmt und werden nach irgendeinem quantitativen Maßstab bilanzartig geregelt und registriert. Er lebt große Umzüge in den Halbfabrikaten, die er vertreibt, wie in den Wässern, Pasten, Präservativen und Litoren zu seinem persönlichen Gebrauch, die er in größeren Quanten zum Händlerpreise ersticht. Alle Vaden-schaften, denen er begegnet, eigene wie fremde, empfindet er als Auerungen eines — wemohl berechtigten — Interesses. Er hat darum vor nichts Menschlichem Ehrfurcht; und daher ist ihm alles Menschliche fremd.

Ihm wie mir aber begegnet in eifriger Abwehr die adlige Gräfin, die hier mit 60 Jahren an der Wand hängt zwischen der Königin Luise und der Kaiserin Auguste Viktoria und die ich im Flur als hohe Adzigerin gespenstlich einherhuschen sah mit fast horizontal vorgebeugtem Rumpf, mit zusammengekniffenen, stumm-hoffenden Lippen. Den Meterleibdringling, dem die Kot die Tür aufriß, bedient eine robuste sechzigjährige Frau, die vor der mit ihr ergreiften Herrin immer noch die Scheu des blutigen Dings empfindet, als das sie einst in ihre Dienste trat.

Ich bin fremd diesem Hause, diesen Menschen, fremd begegnete mir auch, weil er mich mit meinem Gastgeber identifizierte, der junge Mensch, der sich von der Schreibraschine erhob, als wir eintraten, gemüßigt und ruhig eine Menge Papiere ordnete, mit ruhiger Stimme Erklärungen und Berichte über laufende Geschäfte gab und mit einem festen „Guten Tag!“ verschwand. Ein Schreibstabe, ein Proletariat der Zirkulationsphäre, der zuverlässige und gewandte Gefolgsmann des Erfolgsmenschen. Er muß eine Menge Tätigkeiten in höchster technischer Vollendung ausüben, deren Befehl ihm widerwärtig, deren Sinnlosigkeit vor einem regelnden Verstande er durchschaut hat. Auf seinem Rock sah ich ein kleines Zeichen, das seine proletarische Bestimmung und Schulung kundtat. Der Ausdruck seiner Augen, seiner Stirn gab seiner Person etwas Unnahbares,

seine Selbstbeherrschung verlieh ihm die Kraft vollkommener sachlicher Dienstfertigkeit.

Alle sind wir verwandt, uns alle umschlingt das Band eines überpersönlichen Geschehens. Die stumme Verbitterung der verblühten Adelsfamilie an den Wänden, die laute Unbekümmertheit des materiell erfolgreichen Zirkulationsagenten in diesen Räumen und das stille Zukunftshoffen des jungen wissenden Menschen, dessen Arbeitskraft er sich aneignet, sie sind das Auf und Ab des sozialen Geschehens unserer Zeit. Dieses Interieur, dem keine Bewohner, fast unmerklich zwar, die Rhythmenmillionen von Walzer, Jazz und Freiheitshymnus aufprägen, spiegelt leise und verweht die gewaltige Dissonanz der sozialen Elemente unserer Gegenwart; des verstickenden, des oben schwimmenden und des heraufsteigenden.

Lage und Aufgaben des deutschen Kunsthandwerks. Auf der Dresdener Tagung der Vereinigung für Kunsthandwerk und Kunstgewerbe sprach am Montag im Kurfürstensaal des „Italienischen Dörfchens“ der Direktor der staatlichen Akademie für Kunstgewerbe in Dresden, Prof. Karl Groß, über das Thema „Was wollen und sollen die deutschen Kunstgewerbetreuer?“ An der Aussprache beteiligte sich u. a. Geheimrat Gurllit. Er sagte sich stark für das Handwerk ein und warnte vor der Industrialisierung der Gewerbe, damit es nicht eines Tages wie in Amerika keine Handwerker mehr gebe, die sachgemäß und geschickt Reparaturen ausführen könnten. In der weiteren Aussprache wurde empfohlen, daß jeder Handwerker, wenn er mit dem Publikum in Berührung komme, Erziehungsarbeit für die Kunst im Handwerk anstreben müsse, ohne lehrhaft sein zu wollen. Die Zukunft des Kunsthandwerks wurde recht pessimistisch beurteilt. Der Staat, der Unsummen für Lehrzwecke, Erziehungs- und Bildungsanstalten ausbebe, zerstöre leider selbst wieder durch seine Wirtschaftspolitik jede ideale Arbeitsbestrebung. Der ideale Arbeiter gebe heutzutage unter im Lebenskampf, während Gesinnungslosigkeit im Erwerbleben alle Erfolge einheimise. Vom Staat und den Behörden würde Qualität immer verlangt, aber nicht bezahlt. Hierauf traten die Delegierten des deutschen Kunstgewerbes zusammen, um ein Arbeitsprogramm aufzustellen. Am Nachmittag fand im Rathaus ein Empfang der Delegierten und Ehrengäste durch die städtischen Behörden statt.

Englische Arbeiterlänger in Köln. In Köln sind am Montag unerwartet englische Arbeiterlänger eingetroffen, sämtlich einfache Bergarbeiter aus Sidwales und Norfolk. Sie geben allabendlich eine ganze Woche lang in verschiedenen Sälen Kölns Konzerte. Die „Rheinische Zeitung“ begrüßt die englischen Arbeiterlänger auf das herzlichste und hebt besonders ihre vorzüglichen Darbietungen hervor.

Berlin als Fremdenstadt. Nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin waren im August 137 987 Fremde in Berlin gemeldet, d. h. 3,542 mehr als im Juli. Davon entfielen 84,7 Proz. auf Deutschland, 95,8 Proz. auf Europa. Ein Drittel der nach Berlin gekommenen Ausländer, etwa 5100, stammte aus Amerika und 449 asiatische Götter besuchten Berlin.

Die Kunsthandlung Iris Gurllit. Friedrich-Uberstr. 7, eröffnete eine Kunsthandlung, in der Gemälde des französischen Malers Emile Wober gezeigt werden. Außerdem ist eine Sammlung russischer Gewebe zu sehen.

Rationalisierung und Arbeiter.

Auch eine Zentrumsantwort an Silberberg.

In der „Deutschen Allg. Ztg.“ steht sich der frühere Ministerpräsident, christliche Gewerkschaftsführer und Führer des rechten Zentrumsflügels Dr. h. c. Adam Stegerwald mit dem Problem Arbeiterschaft und Rationalisierung auseinander. Er erklärt, daß die Arbeiterschaft auf die Dauer von der Rationalisierung „eine blühende Wirtschaft und ein weiteres Wohlergehen erwarte“. Die Forderungen, die er dazu zu stellen hat, sind eine Antwort auf die Rede Silberbergs in ihrer grundsätzlichen Stellungnahme zur Arbeiterschaft, wie man sie sich nicht besser denken kann. Verlangt doch Stegerwald nichts weniger, als daß „unsere Wirtschaft soweit ihres Charakters als reine Erwerbswirtschaft entkleidet“ werden muß, als nötig ist, um allen nicht gerade Arbeitscheuen und Böswilligen eine der jeweiligen Lebenslage entsprechende Betätigungsmöglichkeit und ein Kulturminimum materieller Güter zu gewährleisten. Es ist nicht genug, wenn man mit 40 Jahren einen ausgedienten Arbeiter pensioniert, sondern man muß ihn bis in sein Alter hinein arbeitsfähig erhalten — wie, das zu lösen ist eine Aufgabe der besten Unternehmer.

Hier und an anderer Stelle noch deutlicher spricht Stegerwald den Vorrang der sozialen vor den kapitalistischen Rechten in einer Weise aus, wie es auch ein Sozialist kaum besser könnte. Nicht immer hat der frühere preussische Ministerpräsident danach gehandelt. Das würde aber nur beweisen, daß eine gewisse Zeit der Erholung auch manche Gedanken reifen läßt, zu denen man in dem Eifer politischer Geschäfte nicht immer die notwendige Ruhe findet. Stegerwald fordert als Erfolg der Rationalisierung:

Es muß öffentliche Meinung und Sitte werden, daß die deutschen Unternehmer arbeitswilligen Menschen auch Arbeit verschaffen; andernfalls braucht die deutsche Wirtschaft sich nicht zu wundern, wenn trotz hoher Produktionsziffern und vieler sonstigen imposanten Seiten dieses Systems die Abneigung gegen sie bei den Massen wächst und eines Tages sich gewaltsam entläßt.

Zweitens: Sicherlich braucht die Umänderung der deutschen Wirtschaft von einer reinen, auf dem ungehemmten Erwerbstrieb und auf ungehemmter Unternehmungslust aufgebauten kapitalistischen Wirtschaft zu einer Versorgungswirtschaft für alle eine gewisse Zeit. Was aber heute und morgen geschehen müßte und geschehen muß, das ist die Hebung der Lebenslage aller in Erwerbsgeschäften tätigen Menschen in Stadt und Land durch Senkung der Preise und Erhöhung der Löhne für die Arbeitnehmer sowie der Preise für gewisse Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Heimarbeit. Ergibt die Rationalisierung diese Wirkung nicht, so hat sie für mindestens zwei Drittel des deutschen Volkes keinen Sinn. Die Gegensätze zwischen arm und reich werden sich verschärfen. Die Hälfte des Volkes wird sich nach wie vor mit Mühe und Not durchs Leben ringen, ein Drittel wird zu dünnem Wohlstande gelangen und der kleine Rest wird sich jeden Luxus (im weitem Sinne des Wortes) gefallen lassen. Dann kommen wie bald dazu, daß Erbitterung und Unlust um sich greifen wie in der Vorkriegszeit, nur in verschärfter Form.

Ein Drittes: Der Arbeiter muß als Mitarbeiter gewertet und behandelt werden. Daß das deutsche Arbeitgebertum es vielfach noch an der menschlichen Behandlung des einzelnen Arbeitnehmers fehlen läßt, ist wohl bekannt. ... Ein Mitarbeiter muß in die geschäftlichen Verhältnisse seines Mitarbeiters, in seine Pläne, seine Hoffnungen und vor allem in seine Erfolge eingeweiht werden. Das alles verweigert man dem deutschen Arbeiter und seinen Vertretern. ... Klingt es schroff, dann, weil die Wirtschaft eben so schroff ist. Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Offenheit und auch ein wenig Besorgnis seitens des Arbeitgebers um sein morgiges Brot — kann das der deutsche Arbeiter nicht verlangen?

Wir verzeichnen mit Genugtuung, daß Stegerwald den sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Sozialdemokratie bereits so nahe gekommen ist, daß er die Versorgungswirtschaft im Gegensatz zu der privatkapitalistischen Profitwirtschaft als ein Ideal hinstellt und für die Uebergangszeit alles das fordert, was auch die freien Gewerkschaften als wesentlich erkannt haben, um diese Uebergangszeit der Arbeiterschaft zu erleichtern.

Nicht überall im Zentrum ist die Meinung so eindeutig. Noch weniger kann man von den Unternehmern verlangen, daß sie in vollem Maße jener sozialen und wirtschaftlichen Gesinnung Rechnung tragen, die auf dem Boden des historischen Materialismus wuchs. Wenn sich aber selbst im Zentrum so starke Stimmen regen, die die Gesamtwirtschaft bejahen, dann werden sich die Unternehmer hoffentlich nicht wundern, daß die Sozialdemokratie nicht nach dem Muster der Partei der Rechten und Westarp für ein paar Ministersejel ihre Gesinnung zu verkaufen gewillt ist.

So sind Stegerwalds Forderungen eine Antwort auf Silberberg, die dieser hoffentlich nicht mit dem Hinweis abtun wird, daß die gewerkschaftliche Rinderheit der christlichen aus Rivalität mit den freien Gewerkschaften sich radikal gebärde als es notwendig wäre. Einmal hat Stegerwald das nicht notwendig, weil man weiß, daß er in allen nicht sozialen Fragen dem Unternehmertum näher steht als die meisten seiner Gesinnungsfreunde. Zum anderen aber sind eben deshalb die Ausführungen des ehemaligen preussischen Ministerpräsidenten ein Beweis dafür, daß mit der fortschreitenden Organisation der Arbeiterschaft die werdende Kraft des Sozialismus stärker wird, als man nach dem Meinungstreit der Organisationsrichtungen erwarten sollte.

Von der Sozialdemokratie verlangen, sie sollte auf Klassenkampf, Gemeinwirtschaft und geistige Selbstständigkeit verzichten — das wäre daselbe, als von dem Zentrum zu fordern, es sollte vor einer Zusammenarbeit mit den deutschen nationalen seine Anhänger zum Protestantismus bekehren. Niemand hat das je verlangt.

Also werden sich auch die Unternehmer überlegen müssen, ob sie bereit sind, mit Latein das Recht der Arbeiterschaft auf ihre sozialen, ökonomischen und politischen Forderungen soweit zu bejahen, daß für gemeinsame Arbeit ein Stück Feld frei wird.

Reichstagsauschuss für die Handelsverträge. Die für den 10. September berufene Sitzung des Reichstagsauschusses für die Handelsverträge ist auf Dienstag, den 14. September, vormittags 11 Uhr, verlegt worden. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Entschließung über Wertbestimmung der Einfuhrscheine; 2. Zoll auf Futtermittel, Butterzoll; 3. Entwurf einer Verordnung der Reichsregierung über die vorläufige Anwendung des vorläufigen Handelsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland vom 26. Juni 1926.

Primo de Riveras Sieg.

Liquidation des Artillerieaufstandes in Spanien.

Paris, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachrichten aus Spanien sind ziemlich widersprechend und beziehen fast nur aus den offiziellen Kommunikés des Direktoriums, die schon deshalb mit einer gewissen Vorsicht aufzunehmen sind, weil sämtliche telegraphischen und Fernsprechoverbindungen zwischen Spanien und dem Ausland gesperrt sind und die wenigen durchgelassenen Telegramme einer scharfen Zensur unterliegen. Die Abendblätter veröffentlichen Mitteilungen von Reisenden aus Spanien. Diese bestätigen im großen und ganzen die offiziöse Madrider Darstellung, daß am Montagabend der Aufstand der Artillerieoffiziere als beendet angesehen werden konnte. Alle Militärorganisationen, die gemuntert hatten, mit Einschluß der Schüler der Kriegsakademie, hätten sich unterworfen. Zahlreiche Offiziere, die am Aufstand teilnahmen, seien festgenommen und würden vor Kriegsgerichte gestellt werden. Die große Masse der Infanterie sei von Anfang an dem Direktorium treu geblieben. Die Regierung werde bei der Strafkaktion natürlich nicht die großen Dienste vergessen, die das Artilleriekorps in der Vergangenheit geleistet habe. König Alfonso hat gestern Abend die Mitglieder eines Obersten Kriegsgeschichtsrats ernannt, das über die Artillerieoffiziere zu Gericht sitzen und so schnell wie möglich zusammentreten soll. In Madrid und in der Mehrzahl der großen Städte herrscht, immer den offiziellen Kommunikés zufolge, Ruhe. Die Unterbrechung der telegraphischen und telephonischen Verbindungen hat aber besonders in den spanischen Handels- und Industriekreisen eine lebhafteste Gegenbewegung ausgelöst und man hofft, daß das Verbot bald aufgehoben wird. Die Pariser Abendblätter vertreten trotz der optimistischen Darstellung des Direktoriums die Ansicht, daß Primo de Rivera stark an Einfluß vermindert aus der Krise hervorgeht. In Spanien soll eine starke Bewegung zugunsten des Admirals Magay festzustellen sein. Primo de Rivera selbst werde,

wie Reisende erklären, trotz der Zensur heftig angegriffen und seine Maßnahmen gegen das Artilleriekorps haben in weitesten Kreisen lebhaft verstimmt.

Während die spanische Agentur Fabra aus Madrid einen „vorzüglichen Eindruck“ der raschen Beendigung des Aufstandes meldet, welche Wirkung eine Kurssteigerung der spanischen Wertpapiere hervorgerufen habe, berichtet die Ill. aus Paris: Als Rückwirkung der Ereignisse in Spanien hat die spanische Währung eine leichte Erschütterung erfahren. Das Pfund Sterling, das bisher 31,75 Pesetas notierte, stieg auf 32,25.

Kein Attentatsplan gegen Alfonso.

Paris, 7. September. (W.Z.) Nach Meldungen aus Bayonne entbehrt das Gerücht, es sei ein Komplott der Republikaner zur Entführung des Königs aus San Sebastian entdeckt worden, jeder Begründung.

Neue Kämpfe in Marokko.

Paris, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Meldungen aus Tanger zufolge erhalten sich hartnäckig die Gerüchte, daß Spanien die Absicht habe, den spanisch-französischen Marokkovertrag von 1912 zu kündigen und die Marokkzone mit Ausnahme der Städte Melilla, Ceuta und Alucemas, die es bereits vor dem Vertrag besetzt hielt, zu räumen. Die Nachrichten von der bevorstehenden Räumung der spanischen Zone haben unter den Rifabanden Sensation hervorgerufen. Es soll bereits zu Kämpfen zwischen Rifstämmen und spanischen Truppen gekommen sein. Die Nachricht, daß Primo de Rivera Marokko räumen wolle, hat den Stamm der Beni Hassal, der nur mit großer Mühe unterworfen wurde, bereits wieder revoltieren lassen.

Unternehmerbund gegen Soziallasten.

Ein Protest der Buchdruckerbesitzer.

Zur diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins hatten sich über 600 Buchdruckerbesitzer aus allen Teilen Deutschlands in Eisenach eingefunden. Am ersten Verhandlungstag hielt Generaldirektor Dr. Woelck einen mit statistischem Material belegten Vortrag über die sozialpolitische Lage und über Lohnsätze im Buchdruckgewerbe. Am Montag wurde eine Entschließung nach lebhafter Aussprache einstimmig angenommen, in der unter Protest gegen die sozialpolitischen Gesetze der jüngsten Zeit behauptet wird, daß jede weitere Belastung unausschließlich zu schwersten Schädigungen der Gesamtwirtschaft führen müsse. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde eine Entschließung angenommen, in der auf die „Gefahr“ aufmerksam gemacht wird, die dem Buchdruckgewerbe durch die zunehmende Erziehung behördlicher Druckerien erwächst.

Schulreform oder Schulruin?

Bedenkliche Anordnungen.

Professor Paul Destreich, der Vorsitzende des „Bundes unabhängiger Schulreformer“, schreibt uns:

Das preussische Volksbildungsministerium hat seit drei Jahren eine Reform des höheren Schulwesens unternommen, die seltenerweise mit einer starken Mehrbelastung der Lehrkräfte an Unterrichtsstunden und mit einer Hinausschraubung der Klassenfrequenzen begann, die aber in „Dentschriften“, „Richtlinien“, „Lehrplänen“, zahllosen Konferenzen die Absicht behauptete, den gesamten Unterrichts- und Erziehungsbetrieb zu konzentrieren, zu verlebendigen, zur „Totalität“ zusammenzufassen. Ein Versuch, über dessen Inhalt und Methode man sehr abfällig urteilen konnte, der aber ernst genommen werden mußte und dann jedenfalls die Herbeiführung von Umständen voraussetzte, unter denen Lehrer und Schüler dem Geforderten und Gewollten überhaupt nahekommen konnten! Neuerdings aber geraten die höheren Schulen zum großen Teile in Verhältnisse, unter denen die ministeriellen Forderungen wie hoch wirken müssen, die Schulbureausratte beschreien in ihrer Rut- und Hüllosigkeit Wege, die gleicherweise Schulen, Schüler und Lehrer nur ins Verderben führen können.

Das Provinzialschulkollegium in Berlin verlangt von den höheren Schulen des Bezirks Berlin-Brandenburg kategorisch, daß ihm durch Klassenvereinigung die akademischen Lehrkräfte beschafft werden, die dank der kurzfristigen Unkulturpolitik der preussischen höheren Schulbehörden nun fehlen. Man hat die alten Studienassessoren in fremde Berufe getrieben, man hat durch Abbauverfahren und numerus clausus ein Heer verbitterter Studienassessoren geschaffen, die, ohne Aussicht auf Anstellung, bereits die „jüngeren Ministerialräte, die Väter des „numerus clausus“, an Lebensalter übertreffen. Und nun läßt man sich vom Lehrermangel überraschen, und statt den Mut aufzubringen, setzt die 20 000 stellunglosen Volksschul-„Junglehrer“ ehrendwürdigen Alters zur Hilfe in den unteren Klassen der höheren Schulen heranzuziehen, womit allen Teilen gebient wäre (während man so auch an den Volksschulen ähnlichen Verhältnissen energielos entgegenreißt), greift man zu der Eisenartur der Klassenvereinigungen, die auch, aller Pädagogik zur Satire, mitten im Schuljahr vorgenommen werden sollen, damit man einige Studienassessoren „frei“ bekommt. Auch das geschieht wieder ganz mechanisch und wird dazu führen, daß wegen Lehrermangels einige Dugend Studienassessoren existenzlos werden. Jedenfalls werden die Unglücklichen wieder einmal sinnlos herumgewirbelt: Und hast du Familie, so siehe du zu!

Und die alten Studienassessoren und die verbrauchten, zermürbten, überlasteten Studienräte werden nun, nach Vorschrift des Provinzialschulkollegiums, in Klassen mit 55 (Unter-), 44 (Mittel-), 33 (Ober-) Klassen „unterrichtet“, und zwar — „modern“ — mit „Querschnitt“, „Konzentration“ und „Schülerfrage“. Bitte: Recht „lebensvoll“! Wollen die Herren Oberschulräte das nicht einmal vor machen, aber bitte: nicht nur im 10-Minuten-Versuch!, sondern ein Semester hindurch und mit Einschluß aller Korrekturverpflichtungen!

Die Frequenz zahlreicher Volksschulklassen in Großstädten schwankt zwischen 20 und 40, glücklicherweise. Den sogenannten „höheren“ Schulen aber werden Segen von 55 und Primen von 33 zugemutet! — Und man wagt es, gleichzeitig von „Schulreform“ zu reden! Weiß das Ministerium des Herrn Dr. Becker von dieser Anti-Pädagogik? Ist der Herr Minister bereit, schleunigst Abhilfe zu schaffen? Oder läßt er das Schulschiff weiter treiben, bis sogar die Ratten davonlaufen?

Lehrkräfte sind da, Städte sind bereit, niedrigere Frequenzen zu bewilligen und — das Provinzialschulkollegium, das der Eckhart der Schule sein müßte, zwingt die Direktoren, aus seiner verfehlten „Lehrkraft“-Kritikmittel heraus, gegen ihr pädagogisches

Gewissen zu handeln! — Der Herr Minister rufe die „Junglehrer“ und die „Abgebauten“ herbei, und er hat „Lehrkräfte“ in Fülle. Nichts ist leichter, als am grünen Tisch „Frequenzen“ und „Methoden“ zu verfügen. Wie wäre es, wenn angesichts der Entwicklung der Minister und seine Räte selber Unterricht in Segen mit 55 und Primen von 33 übernahmen? Dann könnten einige Klassen weiter bestehen!

Es ist Gefahr im Verzuge! Eltern- und Lehrerschaft sollten einmütig Protest erheben!

Das Reichsbanner in Bayern.

München, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Am vorigen Sonntag hat das Reichsbanner die schwarzrotden Fahne in die Hoehburg der Reaktion in Bayern, in die Oberpfalz, getragen. Unter gewaltiger Anteilnahme der Bevölkerung vollzog die Ortsgruppe Neumarkt, an deren Spitze ein dem Zentrum angehörender Rechtsanwalt steht, ihre Bannerweihe. Die Stadt und selbst das Rathaus zeigte unerwartet reichen Flaggenschmuck. Am Festzug beteiligten sich über 2000 Reichsbannerkameraden aus dem ganzen Gau Oberpfalz und Niederbayern. Auf dem Festplatz sprachen die Kameraden Kieber (Zentrum), Sindt (Demokrat), Esser (Sozialdemokrat) und Rübler (Bayerischer Bauernbund), der im Namen seiner niederbayerischen Bauern ein flammendes Bekenntnis zur Republik und zum wahren freien Volksstaat ablegte.

Mißtrauensvotum gegen Herriot.

Er appelliert an die Wähler.

Paris, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Stadtrat von Lyon hat am Montagabend der erste Beigeordnete im Namen der sozialistischen Stadtfraktion einen Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister Herriot eingebracht, der mit 30 Stimmen der Sozialisten gegen 26 der Radikalsozialisten angenommen worden ist. Der Antrag sagt, der Eintritt des Bürgermeisters in das Kabinett Poincaré, dessen Politik bereits beunruhigende Rückwirkungen auf den sozialen Frieden Frankreichs und auf den Frieden der Welt habe, stehe im Widerspruch zu den Abmachungen, die zu Herriots Wahl am 17. Mai 1925 geführt haben. Nach diesem Ergebnis der Abstimmung ließ Herriot eine Erklärung des Inhalts verlesen, daß er sich dieser Abstimmung, die einen rein politischen Charakter habe, nicht unterwerfe. Die Sozialistische Partei erkläre, mit ihm nicht weiter zusammenarbeiten zu können, nachdem er früher ein Führer des Linksradikals gewesen, heute aber Mitarbeiter Poincarés sei. Ob er, Herriot, recht oder unrecht getan habe, als er seinen Ministerposten im Kabinett Poincaré annahm, darüber könnte allein das Volk auf Grund des allgemeinen Wahlrechts entscheiden. Er werde deshalb an das Volk appellieren. In Genf vertrete Paul Boncour, ein Mitglied der Sozialistischen Partei, Frankreich als Delegierter, der damit ebenfalls ein Mitarbeiter Poincarés sei.

Allgemein wird angenommen, daß sämtliche nichtsozialistischen Mitglieder des Stadtrates zusammen mit Herriot zurücktreten werden, so daß Neuwahlen nötig werden.

Der Heimatbund im Elsaß.

Metz, 7. September. (W.Z.) Bezeichnend für die Stimmung in Elsaß-Lothringen ist nachfolgender Bericht, den die „Lothringische Volkszeitung“ über die Enttastung der vier Elsaßer gibt, die bei der Kundgebung des Heimatbundes in Colmar verhaftet, mißhandelt und dann wegen angeblichen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt wurden. Das Blatt schreibt: „Schon vor 7 Uhr morgens hatte sich eine dichte Menschenmenge vor dem Gefängnis angeammelt, um die vier Elsaßer zu begrüßen, welchen man zu den Stockhieben noch fünf Tage Gefängnis aufgebremst hatte. Die Gefängnisverwaltung schämte vor Mut darüber und entließ die Gefangenen nur einzeln und in gewissen Abständen durch eine Hintertür. Als sie jedoch erblickt wurden, fehlte ein lang anhaltender Sturm der Begrüßung ein. Acht mächtige Blumensträuße mit Schleifen und Widmungen wurden den unschuldig Bestrauten überreicht. Die Heimkehr gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug.“

Der Merus macht mit.

Paris, 7. September. (W.Z.) „Temps“ verzeichnet eine eifrigste Blättermeldung, wonach am Sonntag in Reuvelier eine halb religiöse, halb politische Feier stattgefunden habe, bei der der Kanonikus Didio und der frühere Abg. Brogly in flammenden Reden autonomistische Tendenzen zum Ausdruck gebracht hätten. Bischof Ruch von Straßburg habe an dieser Veranstaltung teilgenommen und dem Kanonikus Didio trotz seiner Vorlegungen die Hand gedrückt.

Tariffündigung im Baugewerbe.

Das wiederholt verlängerte Lohnabkommen im Baugewerbe vom August vorigen Jahres ist jetzt von beiden Vertragsparteien gleichzeitig zum 30. September gekündigt worden. Die Bauarbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 10 Pf., die von den Unternehmern durch Lohnabbauwünsche kompensiert werden soll. In Wirklichkeit kann bei den gestiegenen Lebensmittelpreisen und Mieten von Lohnabbau nicht die Rede sein. Eine stichhaltige Begründung ihrer dahingehenden Wünsche dürfte den Unternehmervertretern nicht geringe Kopfschmerzen machen, doch soll das ihre Sorge sein. Die Bauarbeiter sind dagegen in der Lage, ihre Forderung mit Zahlen zu rechtfertigen. Ein Verhandlungstermin ist noch nicht anberaumt.

Gekheiterte Verhandlungen im Bankgewerbe.

Das Reichsarbeitsministerium ist angerufen.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, sind die freien Verhandlungen mit dem Reichsverband der Bankleitungen bezüglich Neuregelung der Gehaltsbezüge und der Arbeitszeit des Reichsarbeitsvertrages für das deutsche Bankgewerbe gescheitert. Der Allgemeine Verband hat nunmehr die Intervention des Reichsarbeitsministeriums in dem Tarifkonflikt angerufen.

Die Gasbetriebsgesellschaft soll auch zwei Pfennige mehr zahlen.

Die Direktion der Gasbetriebsgesellschaft hatte die Forderung auf Erhöhung der Löhne um fünf Pfennige pro Stunde abgelehnt, ohne Rücksicht darauf, daß bei den gleichartigen Betrieben der Berliner Gaswerke A.-G. ein Ausgleich durch Erhöhung der Löhne um zwei Pfennige pro Stunde durch freie Vereinbarung zustande gekommen ist. Gestern wurde vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, unter Vorsitz des Gewerbetrats Körner, über diesen Lohnstreit verhandelt. Ein neuer Einigungsversuch scheiterte an dem beharrlichen Widerstand der Direktion. Es wurde darauf folgender Schiedsspruch gefällt:

„Die Löhne werden in allen Gruppen um je 2 Pf. pro Stunde erhöht. Das Abkommen kann jeweils mit 14 tägiger Frist gekündigt werden.“

Durch diesen Spruch des Schlichtungsausschusses ist die bisherige Praxis der Gleichstellung der Belegschaften beider Gesellschaften in den Lohnfragen erneut bestätigt worden. Sollte die Direktion diesem Schiedsspruch ihre Zustimmung verweigern, ist nach den Beschlüssen der Belegschaft mit Weiterungen zu rechnen.

Theorie und Praxis der Unternehmer.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: Auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie sind beachtliche Worte gefallen, zu denen die Laten der letzten Zeit allerdings im Widerspruch stehen. Die Verhandlungen im Ruhrbergbau haben mit dem Schiedsspruch zu einer vierprozentigen Lohnerhöhung geführt, die von den Zehnerherren als untragbar bezeichnet wurde, obwohl sie bei früheren Verhandlungen ausdrücklich betont hatten, daß sie bei gesteigerter Produktion eine Lohnerhöhung eintreten lassen würden. Tatsächlich ist die Vorkriegszeit bereits erheblich überschritten, und es kann kein Zweifel sein, daß die günstigere Konjunktur im Bergbau anhalten wird. Das hat auch der Statistiker des Bergbauischen Vereins, Dr. Jungst, bestätigt. Die Ruhrkohle ist heute als Ersatz für englische Bunkerkohle gesucht. Weiter geht die englische Industrie wieder daran, stillgelegte Betriebe zu eröffnen. Selbst bei einem Abbruch des Streiks in England werden erst ausgedehnte Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten und eine Ergänzung der gelichteten Vorräte notwendig sein, die in normalen Zeiten die Produktion von vier Monaten betragen. Heute importiert England wöchentlich 600 000 Tonnen Kohle bei einem Durchschnittspreis von 35 Schilling 9 Pence, also rund 35,15 Mark für die Tonne. Entsprechend hat der wöchentliche Endkonditionsverfall bald 300 000 Tonnen erreicht. Der Lohnanteil ist von 53,1 Proz. Jahre 1913 auf 18,24 Mark im Jahre 1924 gestiegen, während die Prozent im Jahre 1910 und betrug im Jahre 1924 41,73 Proz. Dabei ist der Wert der Förderung pro Tonne von 11,83 Mark im Jahre 1913 auf 18,20 Mark im Jahre 1924 gestiegen, während die Löhne immer noch 10 Proz. unter dem Friedensreallohn geblieben sind.

Nach einer gemäß unerbürdigen Aufstellung des oben genannten Dr. Jungst vom Bergbauischen Verein haben die Zehnerbesitzer in den Jahren 1905 bis 1912 einen Reingewinn von 752 650 000 Mark, also von über ¼ Milliarden Goldmark, erzielt, bei einem Lonnengewinn, der zwischen 0,90 Mark und 1,20 Mark schwankte. Heute ist sowohl die Jahresförderung wie die Arbeitsleistung des letzten Vergleichsjahres ebenso überschritten wie der Reingewinn pro Tonne, selbst unter Beachtung der Geldentwertung — es werden also auch die Reingewinne der Vorkriegszeit überschritten, nicht erreicht aber werden die Friedensreallohne.

Ausbeutung Jugendlicher.

Die Übungsschule einer Versuchsdruckerei.

Lehrlingsquerschnitten sind üble Erscheinungen in fast allen Gewerben. Eine der übelsten scheint im Buchdruckgewerbe die Buchdruckerei „Peteko“, Buchbinderi, Inh. Adolf Petri, Lomski, Innungsmeister, Berlin, Fürstenwolder Str. 14, zu sein.

Dieser Herr, der kein Buchdruckfachmann ist, sondern sich stolz „Buchbinder-Innungsmeister“ nennt, betreibt eine Buchdruckerei. Er bildet junge Mädchen als Anlegerinnen aus, zahlt ihnen aber nicht den Tariflohn. Der Tarifvertrag für das Buchdruck-Hilfspersonal ist allgemein verbindlich und steht für Lehrlinge eine einjährige Lehrzeit und tarifliche Entlohnung vor. Wegen untariflicher Bezahlung wurde dieser Herr vor dem Gewerbeamt verklagt.

An dieser Stelle wurde er gefragt, ob er schon einmal etwas von „Lehrlingsquerschnitten“ gehört habe. Hier stellte er sich dumm und sagte „nein“. Auf die weitere Frage, ob er denn nicht wisse, daß ein allgemein verbindlich erklärter Tarifvertrag bestehe, kam die prompte Antwort: „Rein!“ Auf die Frage des Organisationsvertreters, wieviel Maschinen er denn hätte und wer die Lehrlinge ausbildet, antwortete er kühn: „Zwei Tiegel“ (eine mit Fuß- und eine mit elektrischem Betrieb). In Gegenwart von Fachleuten — Betriebsleiter aus einem Großbetrieb — war er noch so kühn, zu behaupten, daß die Mädchen in seinem Betriebe mehr lernen als in den best eingerichteten Betrieben Berlins.

„Ausgebildet“ werden die Mädchen von ihm, seinem 17 Jahre alten Sohn, der kein Buchdrucker ist, und einem Schweizerdegen. Beschäftigt werden zwei bis drei Lehrlinginnen im Alter von fünfzehn bis achtzehn Jahre, gegen einen Anfangslohn von 4 M. Dieser

steigert sich innerhalb der Lehrzeit in bestimmten Abständen bis zur „Höhe“ von 4,50 M. (Tariflohn ist für Lehrlinge 60 Proz. des Lohnes eines Ausgelernten seiner Altersklasse und erhöht sich vierteljährlich um 10 Proz.) Ist die „Lehrzeit“ beendet, entläßt dieser Ausbeuter die jungen Mädchen.

Ein Vorwärtskommen der Mädchen bei dieser Ausbildung ist völlig ausgeschlossen, da man in solchem Betriebe nichts lernen kann. Der Beruf erfordert mehr Kenntnisse, als man sich in diesem Musterbetriebe erwerben kann. Weil der Herr Innungsmeister keine Berechtigung hat, Lehrlinge auszubilden, wendet er den Trick an und nennt seine Bruchbude „Übungsschule der Versuchsdruckerei Peteko“.

Wenn solchen Ausbeutern das Handwerk gelegt werden soll, haben die Eltern die Pflicht, streng zu prüfen, wo und was ihre Kinder lernen. Leider ist immer noch der Aberglaube verbreitet, daß der Beruf einer Anlegerin leicht und angenehm ist. Wir warnen vor diesem Aberglauben. Die Tätigkeit einer Anlegerin birgt viele Unfallgefahren in sich. Das ständige Stehen auf der Maschine wirkt außerordentlich nachteilig auf den weiblichen Organis-

Mitglieder des DMV.

Ihr müßt volljährig die Wahlkörperversammlungen besuchen!

mus. Diese Gefahren vergrößern sich bei jungen in der Entwicklung befindlichen Mädchen naturgemäß ganz außerordentlich, so daß es durchaus keine Seltenheit ist, daß Anlegerinnen im noch jugendlichen Alter von 18 bis 20 Jahren bereits mit Beinleiden um- behaftet sind.

Selbstfalls können die Berliner Arbeiterkassen nicht dringend genug gewarnt werden, ihre Kinder in derartigen Übungsschulen, die leider vornehmlich in den Arbeitervierteln Groß-Berlins ihr Unwesen treiben, zur Ausbildung unterzubringen. Wir würden vielmehr empfehlen, sich in Zweifelsfällen an die zuständige Organisation, den Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, Berlin S. 42, Luisenufer 37, zu wenden.

Norwegen kommt wieder zum ISB.

Die Industrieorganisation in Schweden.

Amsterdam, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Wie der Internationale Gewerkschaftsbund mitteilt, verständigte sich eine Vorstandssitzung des Norwegischen Gewerkschaftsbundes in Gegenwart von Dudgeest über den baldigen Anschluß an die Amsterdamer Internationale. Dudgeest sagte seine Vermittlung zwecks Zusammenarbeit mit den anderen skandinavischen Gewerkschaften zu. Sodann nahm Dudgeest an der Tagung des Schwedischen Gewerkschafts Kongresses teil, wo die Frage des Industrieverbandes mehrere Tage erörtert und schließlich eine vermittelnde Entschlieung des Vorstandes angenommen wurde, wonach der Verlegung der Ortsgruppen und Mitglieder in die neuen Verbände beschleunigt werden soll.

Lenken die Grubenbesitzer ein?

London, 7. September. (E.B.) Das Zentralkomitee der Grubenbesitzerverbände hat heute die Haltung des Präsidenten Williams, der in der gestrigen Unterredung mit den Regierungsvertretern ein nationales Abkommen mit den Grubenarbeitern abgelehnt hat, gutgeheißen. Immerhin hat das Komitee beschlossen, daß jeder einzelne Grubenbesitzer um Bekanntheit seiner Ansicht ersucht werden soll. Man hofft, daß die Antworten bis Ende der Woche vollständig eingelaufen sein werden, so daß am nächsten Montag der Grubenbesitzerverband endgültig in der Lage sein wird, zu erklären, ob er ein nationales Abkommen annehmen könne oder nicht. Es hat den Anschein, als ob die Opposition gegen ein solches Abkommen bei verschiedenen Grubenbesitzern im Abnehmen begriffen ist. Man weist darauf hin, daß unter den früheren Verhältnissen Teilausstände in der Grubenindustrie immer sehr häufig waren. Dagegen würde ein nationales Abkommen der größeren damit verbundenen Verantwortlichkeit wegen ihrer Ansicht nach wahrscheinlich als Hemmschuh für Ausstände wirken.

Es gewinnt demnach den Anschein, daß die Zehnerbesitzer in der Frage der zentralen oder regionalen Lohnregelung ihr Rückgeleht maskieren, nachdem ihnen Churchill den Text gelesen hat. Damit wäre für die Einigungsverhandlungen der Weg gebahnt, der bei der scharfmacherischen Haltung der Bergbauunternehmer, die als der Sturmtrupp der reaktionären Elemente des Unternehmertums bezeichnet werden, für die Bergarbeiter immer noch große Schwierigkeiten bietet.

Sitzung des Kabinettsauschusses.

London, 7. September. (Reuter.) Der Kabinettsauschuß für den Kohlenbergbau trat heute nachmittags unter Vorsitz von Churchill zusammen, um die Beschlüsse des Grubenbesitzerverbandes hinsichtlich des Abschlusses eines Abkommens mit den Bergarbeitern, das für das ganze Land gelten soll, zu erörtern.

Den Beschluß der Grubenbesitzer, seine Bezirksverbände zu befragen, bezeichnet Reuter als „auf alle Fälle eine neue Verzögerung der Regelung der Frage“.

Der verhinderte Sieg des englischen Generalstreiks.

Moskaus Klage über die „Abwürgung“.

Moskau, 7. September. (Df.-Expres.) In einer Sonderstaung des Präsidiums des Zentralrats der Gewerkschaften des Sowjetlandes ist beschlossen worden, dem Exekutivkomitee der englischen Bergarbeiter sofort 3 Millionen Rubel Unterstützungsgelder zu überweisen. An den in Bournemouth zusammengetretenen Kongress der englischen Gewerkschaften hat der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften eine Rundgebung gerichtet, in welcher er darauf hinweist, daß seine für diesen Kongress bestimmte Delegation dem Kongress über alle von russischer Seite in letzter Zeit unternommenen Schritte genau Rechenschaft abgelegt haben würde, wenn dieser Delegation nicht der Zutritt nach England verweigert worden wäre. Daraus schließt sich eine scharfe Polemik gegen die Politik des Generalrats der englischen Gewerkschaften, die den Sieg des Generalstreiks verhindert hätte. Zum Schluß wird der hoffnungsvolle Ausdruck gegeben, daß der Kongress das anglo-russische Komitee, dieses Symbol der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung (1), in jeder Hinsicht festigen und fördern werde. — Tomski erklärte Pressevertretern zur Verweigerung der Einreise nach England, daß die englische Regierung durch diesen Versuch, die Sowjetproletarier von

den englischen Arbeitern zu isolieren, nichts gewinnen werde. In der „Bramda“ erklärt ein Mitglied des Präsidiums des Zentralrats der Gewerkschaften, Reinitzschenski, es handle sich hier um einen Kachekt der englischen Regierung wegen der russischen Unterstützungsgelder.

Lohnkampf der Dockarbeiter in Dänkirchen.

Paris, 7. September. (Eigener Drahtbericht.) Aus Dänkirchen wird gemeldet, daß nach dreimonatiger Aussperrung die Delegierten der Berlinhaber den Dockarbeitern einen Kompromißvorschlag anboten, in dem sie ihnen einen Tagelohn von 43 Franken und die jeweilige Lohnskala vorschlugen. Die Delegierten der Dockarbeiter hatten diese Vorschläge im Prinzip angenommen. Im Laufe einer Generalversammlung, die am Dienstag morgen stattfand, haben aber die ausgesperrten Werftdockarbeiter diese Vorschläge abgelehnt, so daß die Aussperrung andauert.

3. Verbandstag der Kommunalbeamten.

In Nürnberg fand der dritte Verbandstag der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten statt. Den Vorsitz führten Otto Nürnberg und Schmidt-Bremen. Verbandsvorsitzender Theet hob in seiner Eröffnungsrede hervor, daß seit dem Umsturz aus dem Beamten ein Diener der Allgemeinheit geworden sei. Die Beamten, die diese Wandlung noch nicht erkannt hätten, müßten immer wieder darüber aufgeklärt werden. Reichstagsabgeordneter Genosse Vogel überbrachte die Grüße der SPD. mit dem Versprechen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Wünsche und Beschwerden der freien Kommunalbeamten wie bisher, so auch in Zukunft nachdrücklich vertreten werde. Dr. Bäcker vom Bundesvorstand des ADG hielt einen groß angelegten Vortrag über

„Befolungsrecht und Befolungsuntzoch“.

Er geißelte vor allem die großen ungerechten Abstände zwischen den Gehältern der obersten und unteren Beamten. Die jetzige Befolungsordnung frage nur nach der Amtsbezeichnung. Um dieses System zu ändern, müsse das Solidaritätsgefühl innerhalb der Beamenschaft wachsen, eine Gruppe dürfe nicht auf Kosten der anderen etwas zu erreichen suchen. Der untere Beamte besonders stehe wesentlich schlechter beim Wohnungszuschuß als der höhere Beamte. Scharf geißelte der Redner das Verhalten der Verwaltungen, die Leute Beamtenfunktionen erfüllen lassen, ohne sie als Beamte zu bezahlen.

Am zweiten Verhandlungstag sprach zunächst der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Luppe über

„Demokratie und Beamtenchaft“.

Er betonte, daß die neue Reichsverfassung den Beamten eine weit größere Bewegungsfreiheit zuerkannt habe, als das früher der Fall gewesen sei. Er verneinte das Streikrecht der Beamten, der nicht verkennen dürfe, daß er ein Diener der Allgemeinheit sei und demgemäß auch Pflichten zu erfüllen habe. Gebe man den Beamten das Streikrecht, dann dürfe der Staat keine lebenslänglichen Verpflichtungen gegenüber dem Beamtenum übernehmen. Vom demokratischen Standpunkt aus sei es erwünscht, wenn jeder Beamte ein freudiges Bekenntnis zur Republik ablege.

Die Aussprache richtete sich hauptsächlich gegen die Ausführungen Dr. Luppe über das Streikrecht der Beamten. Verbandsvorsitzender Theet wandte sich scharf gegen die Auffassung Luppe. Eine im Sinne Theets gehaltene Entschlieung fand am Schluß einstimmige Annahme.

Am dritten Verhandlungstag sprach der Vorsitzende des ADG, Falkenberg über

„Beamtenwirtschaftspolitik“.

Ohne Kenntnis der internationalen Wirtschaftspolitik könne die Lage der Beamtenchaft nicht gehoben werden. Sache der Beamten sei es, ihre Forderungen unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage rechtzeitig anzumelden. Andererseits sei es Aufgabe der Beamten, die Genossenschaftsbewegung nach Kräften zu unterstützen.

Am Schluß beschäftigte sich der Verbandstag mit der Verfassungsaussprache. Nach ausgiebiger Aussprache fand eine Entschlieung Annahme, die besagt, daß augenblicklich eine Verarmelung aus tatsächlichen Gründen nicht möglich sei, man müsse aber mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband in Fühlung bleiben. Der Verbandsvorstand wurde wiedergewählt.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Orisovermittlung Berlin.

Wir weisen auf das Inserat hin.

Arbeiter-Gewerkschaftsjugend. Erste, Mittwoch, 7½ Uhr, tagen die Gruppen: Kreuzberg: Jugendheim Berlin, 25. Hof, Vortrag: Die Gefahren der Arbeitlosigkeit für die Jugend. — Schöneberg: Jugendheim Rudowstraße (Sportplatz), Vortrag: Solimobden. — Südwest: Jugendheim Wilmersd. 64, Vortrag: Die Stellung der Frau in Berufswelt und Gegenwart. — Neukölln: Jugendheim Gortensplatz 4. Wir besuchen Charlottenburg. — Köpenick: Jugendheim Ebersdorfer Str. 10. Rufe und Wädel in der proletarischen Jugendbewegung. — Charlottenburg: Jugendheim Berliner Str. 137 (Deutscher Studentenverband), Glockengasse-Wend.

Jugendtag des ADG. Erste, Mittwoch, 7½ Uhr, Besprechungen folgender Abteilungen: Kreuzberg: Jugendheim Schule Schiller, 61. Vortrag: Nationalisierung und Arbeiterbewegung (Kongre). — Kreuzberg: Jugendheim Kognitstraße 8. Gemeinschaftsarbeit (Beispiel). — Wedding-Gebäude: Jugendheim Schönhaferstr. 1 (Wilmersd., 3 Treppen). Vortrag: Bürgerliche und Arbeiterpartei (Rohler). — Charlottenburg: Jugendheim Kollnsee, 4. Erste Donnerstag. — Schöneberg: Jugendheim Hauptstr. 13 (Frankenlonhöfchen). Vortrag: Der Tag (Aerne).

Aus der Partei.

„Die Gemeinde“ ist die Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, die bei keinem sozialistischen Gemeindevertreter oder Gemeindefunktionär fehlen darf. Aus ihrem neuen Heft 17 seien folgende Beiträge genannt: Otto Albrecht: „Der Bodenreformangelegenheit“; H. Lindemann: „Die Zerspaltung in der Gasindustrie“; Dr. Fleischmann: „Die Wohnungsflugsteuer“; Paul Hirsch: „Die Regelung des Gemeindeverfassungswesens in Preußen“; Bürgermeister Selke: „Produktive Notstandsarbeit oder unproduktive Schreibstubearbeit“. Außerdem enthält das neue Heft noch eine große Zahl von Mittellungen und Nachrichten aus den verschiedensten Verwaltungsgebieten. Die „Gemeinde“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats und kostet monatlich 90 Pf. Zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Seget; Wirtschaft: Ernst Saltrana; Gewerkschaftsbewegung: J. Ehrhard; Revolution: Dr. John Schilowski; Verleser und Kontingen: Erik Karstädt; Anzeigen: H. Glode; sämtlich in Berlin. Verlags: Bornhörs-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Die sparsame Hausfrau verwendet MAGGI[®] Würze,

denn sie weiß, daß es nur weniger Tropfen bedarf, um dünnen Suppen, Fleischbrühe, Gemüsen und Soßen sofort einen kräftigen Wohlgeschmack zu geben. — Vorteilhaftester Bezug in großen, plombierten Originalflaschen zu RM 6.50.

— Man verlange ausdrücklich MAGGI[®] Würze. —



Die Attentats-Affäre von Leiferde.

Auch der zweite Attentäter hat seine Beihilfe eingestanden.

Das von der Polizei wiedergegebene Geständnis des ehemaligen Rufführers Schlegler, über das wir im gestrigen Abendblatt berichteten, schien die vernachlässigten Beamten im wesentlichen überzeugend zu haben, daß seine Erzählung der Wahrheit entspreche. Er zeigte dem Kriminalkommissar Reck und dem Eisenbahninspektor Brandt an der Hand der Karte genau, wo er und Weber in der Nähe des Tatortes den Schlüssel gefunden und wo sie sich aufgehalten hatten. Alles das stimmte mit den Ermittlungen, die an Ort und Stelle gemacht worden waren, so genau überein, daß Schlegler an der Tat beteiligt gewesen sein mußte. Schließlich legte auch Weber ein Geständnis ab.

Der Plan eines Anschlages auf einen Eisenbahnzug, bei dem der Postwagen beraubt werden sollte, entstand bereits lange vor der Ausführung in Herford, als Willi Weber, sein Bruder Walter und Otto Schlegler dort auf dem Bahnhof im Wartesaal beisammen saßen. Schon dort wurde alles beraten, und auch Walter Weber hatte erst die Absicht, sich zu beteiligen. Nachdem sich die drei über alles Klargeworden waren, schickte sie auf dem Bahnhof in Braunswald den Henschuh. Willi Weber steckte ihn in seinen Rucksack und schleifte ihn darin mit, um ihn für den Anschlag zu benutzen. Nachdem Walter Weber sich zu guter Letzt doch noch von den beiden getrennt hatte, wanderten diese von Hannover, wo sie bereits die Fahrpläne der Züge studiert hatten, nach Leiferde zu. Hier hielten sie sich noch acht Tage lang in den Wäldern und in Bahnmärkten auf. Sie lebten, wie auch vorher schon auf ihren Wanderungen, von Kartoffeln und anderen Feldfrüchten. Von einer Waidfensung aus, in der sie auch schliefen, beobachteten sie die Züge. Weil sie in dem Postwagen des Amsterdamer Expres die größten Werte vermuteten, so hatten sie es auf diesen abgesehen. Daß sie schon am Tage vor der Katastrophe einen Versuch mit dem Henschuh gemacht hätten, ist nicht richtig. Wohl hatten sie damals schon die Absicht, sie mußten aber von dem Plane vorläufig absehen, weil ein Mann dazwischenkam. In der nächsten Nacht aber wurden sie nicht gefürchtet und machten sich an ihre verbrecherische Arbeit, die von der Mondhelle begünstigt wurde. Gemeinsam begannen sie die Schrauben abzudrehen. Wenn sie durch Licht und Geräusch darauf aufmerksam wurden, daß ein Personen- oder Güterzug nahe, mußten sie die Arbeit unterbrechen. Jedemal liefen sie in ein Gebüsch, in dem sie das Vorüberfahren der Züge abwarteten. Dann eilten sie wieder auf die Strecke und nahmen die Arbeit von neuem auf. Endlich hatten sie die Locken gelöst und glaubten nun, daß der Amsterdamer Expres entgleisen müsse. Wie lange Zeit sie gebraucht hatten, wissen sie heute nicht mehr. Zu ihrer größten Verwunderung aber raste der Expres mit voller Geschwindigkeit über die Stelle hinweg, ohne daß ihm etwas zustieß. Jetzt machten sie sich eilends daran, die Gleise auseinanderzubringen, und so traf dann den nächsten Zug das graue Geschick, dem der erste entgangen war. Als sie die Wirkung des Anschlages sahen, liefen die beiden Verbrecher spornstreichs nach dem Walde, um zu entfliehen. Auf Veranlassung Schleglers machten sie aber noch einen letzten Versuch, um aus der Ferne zu beobachten, was geschehe. Sie hörten aber nur ein unheimliches Pfeifen und Schreien, keinen Schrei oder Hilferufe. Der verunglückte Zug lag im Dunkel. Die unheimliche Ruhe steigerte ihre Angst, so daß sie nicht mehr wagten, was sie ursprünglich beabsichtigt hatten, sich an den Postwagen heranzumachen und ihn zu berauben. Querselbst ließen sie nach dem nächsten Ort Dohndorf, dann über die Chaussee nach Weinersen, Gishorn, Wollsborg, Borfeld, Helmstedt, Reubaldenleben bis nach Genthin.

Weber ist nach seinem Geständnis vollständig zusammengebrochen. Die Aussagen der beiden, die sich gegenseitig ergänzen, werden protokolllarisch festgelegt. Borausichtlich werden die Verhafteten dann schon bald nach Hannover und weiter nach Hildesheim übergeführt werden. Walter Weber ist unterdessen in Hannover ebenfalls festgenommen worden.

Und die Ruhanwendung?

Der „Reichsdienst der Deutschen Presse“, der gewiß nicht in dem Ruf steht, sich allzu kritisch mit der Angelegenheit beschäftigt zu haben, schreibt jetzt zu der Sachlage folgendes:

Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapié.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Rinde-Grazia.

Das ist sehr weiblich gesprochen“, scherzte Thesaurin galant. Ich bin in Sachen des Besitzes weniger egoistisch und weniger Geheimnisträger. Der Hauptpunkt scheint mir zu sein, daß man es versteht, sich bedienen zu lassen; man muß die Diener als Gebrauchsgegenstände ansehen, welche das andere Hausgerät vervollständigen und über die Lohnempfänger selbst das Eigentumsrecht ausüben. Mein Pferd bringt mich nicht um den Besitz meines Wagens, weil es sich davor spannt. . . . Wenn wir unsere Leute magerer entlassen, als sie bei ihrer Ankunft waren, dann haben sie unser Gut weit eher vergrößert als vermindert.“

Fräulein Bourdot trippelte schweigend, mit kleinen und lebhaften Schritten, einher. Schlüsselbünde hingen an ihrem Gürtel. Thesaurin nahm viel Raum für sich in Anspruch, er war großköpfig gebaut, seine Hände würden das Vermögen eines Mörders gebildet haben. Bald durchbohrte sein Blick die Wände, bald las er herumliegende Gegenstände auf. Er hatte einen verhältnismäßig kleinen Kopf und krauses, rotblondes Haar. Beim Sprechen zermalmte er mit seinem Gebiß die Worte wie Hühnerknochen. Sein Lachen zitterte in einer großen, gekrümmten Nase nach.

Der Notar verwirklichte die wahre Ehe: die Vereinigung der Güter und Kapitalien. Die Brautleute hatten den Maire und den Geistlichen, soviel als möglich an Zeit und Kosten zu sparen. Die Trauzeugen wurden eiligst nach einem frugalen Mahl verabschiedet. Die Freude war davon nicht ausgeschlossen gewesen, und zwar aus dem guten Grunde, weil niemand sie mitgebracht hatte.

Gleich bei der ehelichen Inventuraufnahme bemerkte Thesaurin, daß seine Frau ihm einen Fehltritt verborgen hatte. Insofern legte er diese eifige und unwiderstehlich beeinflussende Kennermerkmale ihr gegenüber an den Tag, welche die verstocktesten Geheimnisse hervorlockt.

Einen Monat nach der Trauung, an einem dieser schönen Nachmittage der Normandie, wo die Natur ein vorteilhaftes Abschließen von Verträgen begünstigt, fand wirklich das satöse Bekenntnis in dem riesigen, feuchten Speiseaal, in dem die eichenen Möbel vor Alter krochten, statt.

Aber der Umstand, daß die Leitung der Reichseisenbahn mit ihrer Annahme eines vorsätzlichen Verbrechens Recht behalten hat, entkräftet den anderen Umstand nicht, daß die Unfälle auf der Eisenbahn in den letzten Wochen und Monaten bedenklich überhand genommen haben. Jedenfalls besteht dieser Eindruck in der Öffentlichkeit, und zwar recht stark, und gewisse Einzelheiten der Verichte über die Verhaftung und die Aussagen der beiden Leiferder Verbrecher könnten Anlaß geben, die Frage der Betriebssicherheit zu einem grundsätzlichen zu erörternden Thema zu machen. Die Schilderung, die die beiden Schuldigen davon machten, wie sie mit einem zufällig gefundenen Schraubenschlüssel die Schienen gelockert haben, läßt nämlich erkennen, daß sie eine ziemlich lange Zeit für dieses verbrecherische Geschäft gebraucht haben. Nun muß man sich in diesem Zusammenhang aber vor Augen halten, was aus Anlaß der dann wirklich eingetretenen Katastrophe aus Eisenbahnerkreisen, im besonderen vom Verband der Lokomotivführer, gesagt worden ist. Von dieser Seite, so wird behauptet, soll nämlich schon seit geraumer Zeit hervorgehoben worden sein, daß durch einen zu weit getriebenen Abbau der Streckenbewachungsbeamten die Eisenbahn nicht mehr in demselben Maße wie früher gegen Anschläge gesichert sei. Ob das zutrifft, wird Gegenstand einer ersten Prüfung der Reichsbahn-Gesellschaft sein müssen. Die von Seite der Lokomotivführer geäußerte Auffassung wird jedoch in gewisser Beziehung unterstützt durch die Tatsache, daß die beiden Verbrecher von Leiferde ihre Untat in aller Ruhe durchführten, daß sie, wie behauptet wird, stundenlang an den Schienen herumhantieren konnten, ohne daß sie hätten fürchten müssen, durch den Streckenbewachungsdiens gestört zu werden. Wie denn überhaupt gesagt wird, daß heute selbst an wichtigen Stellen und selbst auf viel befahrenen Eisenbahnlinien die Beaufsichtigung der Strecken nicht annähernd ausreichend durchgeführt werde. Und man hat weiter die Behauptung aufgestellt, daß außerdem der Oberbau stellenweise hinter der gesteigerten Schwere der Lokomotiven und der Zugschwindigkeit zurückgeblieben sei. Bekanntlich ist von leitender Stelle der Reichsbahn-Gesellschaft der Abbau der Streckenwärter damit begründet worden, daß diese sowieso ihre Pflicht nicht getan hätten. Eine Angabe, die, ebenfalls von Seiten der Lokomotivführer, aus der Praxis heraus entnommen werden kann. Es steht jedenfalls fest, daß die Reichsbahn-Gesellschaft all diesen Dingen ernstlich nachgehen muß. Schon rein psychologisch ist zu befürchten, daß verdröckerische Elemente durch die einander auf dem Fuße folgenden Meldungen von Anschlügen auf Eisenbahnstrecken und Eisenbahnzüge in stärkerem Maße noch als bisher zu Unfällen veranlaßt werden. Unter allen Umständen aber muß die Öffentlichkeit in der Frage der Streckenbewachung völlige Beruhigung und Aufklärung erhalten. Die „Begründung“, die die Reichsbahn-Gesellschaft für den nach Auffassung der Lokomotivführer zu weit getriebenen Abbau der Streckenwärter gegeben hat, ist das Gegenteil von stichhaltig. . . .

Nur vorübergehend!

Am 24. Juni hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft an die Reichsbahndirektionen einen Erlaß herausgegeben, der durch diese teilweise erst nach acht Wochen zur Kenntnis des Personals gebracht wurde. In diesem Erlaß wird die Aufmerksamkeit des Personals und der Dienststellen auf verbrecherische Anschläge gegen Bahnanlagen und Züge gelenkt und an die einschlägigen Dienstvorschriften erinnert. Zum Schluß aber heißt es dann wörtlich:

„Zur Beruhigung der Öffentlichkeit ist auf Strecken, auf denen Anschläge wiederholt vorgekommen sind, oder die aus anderen Gründen als gefährdet zu betrachten sind, die Bahnbewachung vorübergehend zu verschärfen.“

Dies scheint uns eine merkwürdige Methode der Beruhigung der Öffentlichkeit zu sein. Also nur vorübergehend wird nach einer Katastrophe die Bahnbewachung verstärkt, und auch nur zur Beruhigung der Öffentlichkeit. Daraus geht hervor, daß die Reichsbahn aus all den entsetzlichen Vorgängen der letzten Zeit keine Lehren ziehen und alles beim Alten lassen will. Sobald die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit eingeschläfert ist, wird die Bahn-

bewachung wieder eingeschränkt, bis — nun, bis die nächste Katastrophe eintritt. Gegen diese Art Verwaltungsmethoden müssen wir uns ganz energisch wenden und verlangen, daß die Bahnbewachung wieder so hergestellt wird, wie sie gewesen ist. Im übrigen bitten wir, daß die Reichsbahn der Öffentlichkeit sagen möge, was sie unter der Befähigung einer Strecke „aus anderen Gründen“ versteht. Sieht es mit dem Betrieb so faul aus, daß die Reichsbahn an die Sicherheit der Strecken und Züge selbst nicht mehr glaubt? — Dann sollte doch alles ausgetrieben werden, um diese Sicherheit zurückzugewinnen. Dazu braucht man allerdings Personal: Beamte und Arbeiter. Wenn man diese aber unaufhörlich abbaut, wird es immer schlimmer und nicht besser. Von selbst sind vernachlässigte Strecken noch nie in Ordnung gekommen.

Unfallbekämpfung der Reichsbahn — ein wenig spät

Wie bereits gemeldet, setzt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft besondere Ausschüsse ein, die den Sicherheitszustand der Reichsbahnanlagen prüfen und alle Mittel zur Bekämpfung der Unfälle erörtern sollen. Die Unfälle der letzten Zeit erinnern an frühere Unfallperioden, wie zum Beispiel im Jahre 1898. Die Reichsbahn stellt die Wahrung der Betriebssicherheit über alle finanziellen Bedenken. Während der Kriegszeit ist, wie wir einer Darlegung der Reichsbahn-Gesellschaft weiter entnehmen, Raubbau an Gleisen, an Brücken, am Wagenpark und überhaupt an allen Bahnanlagen getrieben worden. Zur Ausmerzung dieser Schäden bedarf es langwieriger Arbeit. Um trotzdem die Betriebssicherheit zu wahren, mußte die Geschwindigkeit der Züge stark verringert werden. Der Umbau des Oberbaues wird so gefördert, daß bald wieder der Friedenszustand erreicht ist und auch die Geschwindigkeit der Züge auf Friedensstand gebracht werden kann. Durch ständige Mechanisierung der Arbeit ist zwar ein Teil des Personals abgebaut worden, jedoch ist der Personalstand heute noch trotz geringerem Verkehr und trotz Verfeinerung des Reichsbahngebietes höher als im Jahre 1913. Almonatlich werden der Hauptverwaltung der Reichsbahn Berichte über die Betriebsführung und den Zustand der Anlagen vorgelegt; diese Berichte kommen direkt aus der Praxis und haben stets betont, daß die Betriebssicherheit durchaus gewahrt sei. Nichtsdestoweniger sind jetzt nach dem Attentat bei Leiferde folgende Maßnahmen angeordnet worden:

1. Der Streckendienst ist in starkem Maße auf den Strecken und Bahnhöfen auch bei Nacht zu verstärken, zumal es eine alte Erfahrung ist, daß einmal verübte Anschläge in der ersten Zeit zur Nachahmung Anlaß geben.
2. Die besten Praktiker der Reichsbahnverwaltung bilden sofort mit Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und sachkundigen Vertretern des Beamten- und Arbeiterpersonals Ausschüsse, die bereits heute die Vereingung des gesamten Reichsbahngebietes beginnen, um den Zustand des Oberbaues, den Zustand des rollenden Materials, die Handhabung des Betriebsdienstes und die Beanspruchung des Personals festzustellen. Bereits in der nächsten Woche werden diese Ausschüsse ihre ersten Berichte über die Hauptstrecken erstatten.

Die Reichsbahn-Gesellschaft wiederholt ihre frühere Forderung, sich in der

Entschädigungsfrage für die Opfer der Katastrophe

nicht auf einen fiskalischen Standpunkt zu stellen, sondern so weitgehend Entschädigung zu zahlen, als ob sie rechtlich dazu verpflichtet wäre, was jedoch nach dem Stande der deutschen Gesetzgebung bei einem Attentat als höhere Gewalt nicht der Fall wäre. In Anbetracht des Umfangs, den der Reichsbahnverkehr hat, sind die Unfälle der letzten Zeit lange nicht so zahlreich, als daß ernsthafte Zweifel an der Betriebssicherheit der Deutschen Reichsbahn berechtigt wären; es handelt sich bei diesen Unfällen auch gar nicht so selten um eine Uebertreibung belangloser Vorfälle, wie zum Beispiel eines gewissen Rüttelns, weil der Zug von einer Lokomotive vornwärtsgeschoben wird. — Uebertreibungen, die auf eine gewisse Angstpsychose infolge des furchtbaren Unglücks von Leiferde zurückzuführen sind.

Nach den ersten, mit Anstrengung in Art einer Ouvertüre hervorgehobenen Worten standierte Thesaurin eine Ermütigung mit abgemessenem Zähneaufeinanderklagen:

„Ich erwarte irgendein Geständnis von Ihnen, sprechen Sie freimütig, meine Rücksicht wird die Rücksicht der Umstände würdigen.“

„Bahrhaftig“, stöhnte die Sünderin, „das war die Langweile, welche mich zu dieser nicht wieder gutzumachenden Schwäche verleitete. Die Langweile ist ein furchtbares Uebel, welche eine Zeitlang den freien Willen ausschaltet, um ihn besser auf eine verderbliche Handlung hinzulenkten. . . . Ich lebte allein mit meiner Tante, wir hatten mit niemand Verkehr; ich war Verdrießlichkeiten enthoben, meine Einkünfte vermehrten sich stetig; ich brauchte nur glücklich zu sein. Nun gut, im Alter von etwa 30 Jahren ergriß mich plötzlich ein Ueberdruß über diese ganze Art der Beschäftigung; die Schneiderei, das Lesen, bekam ich satt; den Hühnern Futter geben, in die Kirche gehen, Häfelarbeit machen, die Gießkanne schwenken, mit der Baumschere hantieren, keine dieser bei wohlhabenden Mädchen sonst üblichen Zerstreuungen erregte meinen Tätigkeitsdrang mehr. Ganze Tage gingen in düsterer Niedergeschlagenheit dahin; ich sah da, um auf die Mahlzeiten zu warten, der Geist stand still, die Augen nahmen nichts wahr, die Hände lagen gefaltet, tot da. Und trotzdem fühlte ich, daß irgend etwas. . . das Beste meines Lebens, von mir gehen wollte! Im April bekam die Landschaft ihr junges Grün, die Seele der Pflanzen entströmte in duftender Blütenpracht. . . . Oh! Ich zitterte vor Verwirrung, — ich fühlte, daß ich Lust hatte, das Verbotenste, das Straffälligste zu tun! Ich wußte nicht was; aber bei wiederholtem Nachdenken gestattete mir das bisherige Vernunft, was mir noch blieb, scharf, ohne Möglichkeit des Irrtums, diesen unwürdigen Drang zu erkennen: ich hatte Lust, Geld auszugeben! Meine Qual konnte aus keiner anderen Quelle stammen, das Beste meines Wesens, das mich verlassen wollte, das konnte nur die sparame Besonnenheit sein. Wußte ich nicht aus vagen Gerüchten, aus Erinnerung an Gelesenes, daß Leute sich daran vergnügten, unziemlich Geld zu vergeuden! Wie wenn man Befriedigung darin finden könnte, den Apfelwein aus dem Faß auf den Boden zu gießen!“

Seine erschrockene Frau hielt einen Augenblick inne, dann fuhr sie fort: „Ich halte mir besonders gemerkt, daß müßige Kreaturen in den großen Modegeschäften, aus bloßer Freude daran, Einkäufe machten, Geld in der Hand zu haben, gewährte ihnen Zerstreuung, ohne das Spielen mit den Gold-

stückchen hätten sie sich gelangweilt! Mit einem Wort, ich machte die entsetzliche Wahrnehmung, daß aus den Händen gleitendes Geld ein Vergnügen gewähren konnte, das demjenigen analog war, welches es bereitete, wenn es in die Kassetten floß.“

„Ja, ich, der Abkömmling einer Familie, in welcher niemals ein Sou verschwendet worden ist, neigte in diesen ungesundeten Tagen zur Verderbtheit, wobei ich mir Rechenhaft ablegte, daß ich in eine böse Sphäre eindrang, mein Recht auf ein Leben in Ruhe verlor. Andererseits hätte ich vor Langweile sterben müssen, und da war dies doch das einzige Heilmittel wie mir schien. Ich, die immer in ehrbarem Respekt vor dem Gelde gelebt hatte, fühlte wilde Verlockungen nach Verschwendung im Blut, in der Brust. Schließlich wurde das Sehnen meines Innern so heftig, daß ich vom Gift des Vergnügens zu kosten beschloß.“

Thesaurin konnte eine verdammende Bewegung nicht beherrschen, die Stimme der Bühlerin nahm einen schmerzlichen Klang an:

„Ach, ich wollte wenigstens mein Laster hintergehen, hoffte mich mit dem Trugbild der Verhehlung zu befriedigen, in der Einsamkeit mit meiner Sünde fertig zu werden. Ich placierte auf die Kommode eine Geldschatulle, die Banknoten enthielt. Wenn die Krisen über mich kamen, mein ganzes Wesen nach einer unmöglichen Entfaltung seufzte, wenn ich nicht wußte, wie ich die fieberhaft erregten Hände zur Ruhe zwingen sollte, dann betastete ich die Schatulle, umklammerte sie, knete den Schlüssel mit den Fingern, schloß auf, und endlich berührte ich, streichelte die Banknoten, strich über sie hin, und mir war, als laugten meine Poren gierig den Eindruck lebender Haut ein! . . . Das war schon beinahe „das Ausgeben“; ich fühlte, wie ich schwach wurde, daß es nicht an mir lag, wenn das Beste meines Wesens nicht von mir ging. . . .“

Domals geschah es, daß der Herr Pfarrer, durch die Beichte über die Art meiner Qual unterrichtet, mich zu umgarnen begann.“

Sie sollten der Kirche eine Schenkung machen,“ wiederholte er mehrfach, „das würde Sie erleichtern.“

„Thesaurin, Sie haben keine vergnügte, so wenig geistliche Wiene gekannt. . . er spielte täglich eine Partie Besique mit meiner Tante, und lachend sagte er:

„Sie haben eine Summe zuziel, die quält Sie, ich spreche immer zu meinen Pfarrkindern: geben Sie der Kirche das „Zuziel“, das Sie quält!“ (Fortsetzung folgt.)

Arbeitsbeginn im Stadtparlament.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte gestern ihre erste Sitzung nach den Sommerferien. Die Verhandlungen fielen durch eine Friedlichkeit auf, die man im Rathaus kaum gewöhnt ist. Eine lebhaftere Aussprache gab es nur bei der Vorlage des Magistrats über seine Stellungnahme zu der Staffellung des Schulgeldes höherer und mittlerer Schulen. Hier stieß der Magistrat bei fast allen Parteien auf Mißbilligung, so daß der Oberbürgermeister bereits einen Rückzug antrat. Die sozialdemokratische Fraktion forderte scharfe Heranziehung der Eltern mit besonders hohem Einkommen.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte gestern vor Eintritt in die Tagesordnung sich mit der Frage der Neuwahl eines Stadtkämmers zu beschäftigen, die der Magistrat in einer Dringlichkeitsvorlage beantragte. Ohne Debatte wurde Ausschreibung der Stelle beschlossen. — Gegen die Billigung des früheren Feuerwehrgeländes in der Rauerstraße an einen privaten Unternehmer wandten sich zwei Anfragen und ein Antrag. Ueber sie soll in einer späteren Sitzung verhandelt werden. — Die Kommunisten hatten eine Reihe Anträge zur Arbeitslosenfrage eingereicht. Die meisten wurden ohne Debatte dem Erwerbslosenausschuß überwiesen. Bei einigen verhinderte die Rechte das durch ihren Widerspruch. Der Ausschuss wird schleunigst zusammentreten. — Auch die Wiederbesetzung der Stadtkämmererstelle soll nun endlich erfolgen. Die Vorbereitung wurde einem Ausschuss übertragen. — Zu einer Anfrage der Kommunisten wegen einer für die Schupo angelegten Radrennbahn in der Hasenheide teilte Stadtrat Wuhly mit, daß das betreffende Gelände für die Erholung wertlos gewesen ist. Bedenken gegen diese Anlage äußerte auch Genosse Heilmann. Das als Grünfläche ausgewiesene Gelände sollte erhalten bleiben. Handgranatenübungen sollten dort nicht mehr zugelassen werden. — Zur Durchführung des

Kostlandsprogramms.

solange bisher Beschlüsse darüber vorliegen, müssen neue Mittel beschafft werden. Die Kosten der für die Stadtkämmerei auszuführenden Kostlandsarbeiten sollen zum Teil durch Erhöhung der Entwässerungsgebühr von 12 Pf. auf 14 Pf. je Kubikmeter gedeckt werden. Es wurde so beschlossen. — Als „Künstlerhilfe“ wurden 100.000 M. bewilligt. Für erwerbslose Künstler soll eine Arbeitsvermittlungskasse eingerichtet werden. Ein Teil der Mittel soll auch zur Schaffung von Existenzmöglichkeiten dienen. — Zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem Großkraftwerk Rummelsburg, über die in der Stadtverordnetenversammlung aus Anlaß der vorgekommenen schweren Unfälle eingehend verhandelt worden ist, glaubt der Magistrat nichts tun zu können. Den Stadtverordneten teilte er in einer Vorlage zur Kenntnisnahme mit, er habe weder direkten noch indirekten Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsgestaltung der dort beschäftigten Arbeiter. Der Kommunist Reichelinger beantragte, daß noch Überstunden gemacht werden. Stadtrat Schlichting antwortete, daß der Magistrat hiergegen einschreiten sich bemüht. — Den Stadtverordnetenbeschlüssen über das Schulgeld für höhere und mittlere Schulen hat der Magistrat nicht zugestimmt. Da die Erhöhung abgelehnt ist, hält er die neue Staffellung für unmöglich. Genosse Witte bedauerte diese Stellungnahme des Magistrats. In einer Entschließung forderte er Einführung eines besonders hohen Schulgeldes bei außergewöhnlich hohem Einkommen. Deutsche Volkspartei, Demokraten und Kommunisten wandten sich gleichfalls gegen den Magistrat. Oberbürgermeister Böhm versprach dann nochmalige Prüfung. Die Veranlassung wiederholte dann ihren früheren Staffellungsbeschluss und stimmte auch der von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten Entschließung zu: „In der Verfügung vom 12. September 1923 ermächtigt der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Provinzschulkollegien, für Erziehungsberechtigte mit einem besonders hohen Einkommen ein Schulgeld zu genehmigen, das den staatlichen Satz übersteigt. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, eine solche Staffellung in ihrer finanziellen Auswirkung für Berlin zu prüfen und eventuell der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu machen.“ — Die Sitzung mußte wegen eingetretener Beschlußunfähigkeit vorzeitig abgebrochen werden. Zu den unerledigt bleibenden Reiten gehört auch der folgende, von der sozialdemokratischen Fraktion während der Sitzung eingereichte Dringlichkeitsantrag: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, die seinerzeit zurückgestellten Anträge der Besoldungsordnung namentlich zur Ausfüllung zu bringen.“

Sonderbare Gerichtsverhandlungen.

Zivile Militärgerichtsbarkeit in der Republik.

Weder wir nicht in der besten aller Republiken? Alle Vergehen nichtmilitärischer Natur sind der Militärgerichtsbarkeit entzogen und werden vor den bürgerlichen Gerichten abgeurteilt. Ein Fortschritt, nicht wahr? Ein bedeutender Fortschritt sogar!

Auf dem Papier gewiß. Sieht man sich aber die Sache in der Praxis an, dann wird die republikanische Freude erheblich gedämpft. Da fand neulich in Moabit ein mehr als merkwürdige Verhandlung statt, wie man sie sich hätte es sich um eine gewöhnliche Zivilperson gehandelt, nicht vorstellen könnte. Der Unterwachtmeister H. vom 15. Infanterieregiment ist von einem Soldaten des Diebstahls bezichtigt. Aber weder der Angeklagte, noch der Hauptzeuge sind vorgeladen. Man hat sie hinter den Kulissen des Tribunals vernommen und liest das Protokoll vor. Zwei weitere Belastungszeugen, ebenfalls Unteroffiziere, sind gleichfalls nicht erschienen. Die beiden Frauen, die vernommen werden, können nichts Wesentliches ausagen; die eine, die Birn des Lokals, in dem sich der Soldat mit dem Wachtmeister kennengelernt hat, war bei der inkriminierten Handlung, die sich außerhalb der Wirtschafft abgespielt hat, nicht zugegen, und die andere ist befangen, weil der Verdacht der Mittäterschaft auf sie fällt und geht deswegen naturgemäß nicht recht aus sich heraus. Das mußte jeder Laie bemerken — wie viel mehr der Richter und der Anwalt! Man kannte unter diesen Umständen diese Verhandlung — ganz milde ausgedrückt — unsäglich nennen. Aber selbst diese mangelhafte Verhandlung ergab ein klares Bild des Vorfalles. Der Reichswehrsoldat J. war in schwerem betrunkenem Zustand in das Lokal gekommen, in dem sich mehrere Unteroffiziere befanden. Er hatte, wie man so sagt, die „Spendierhosen“ an, und stützte den Borgefassen, unter denen sich der Unterwachtmeister H. befand, eine Runde. Dieser lud noch eine neugewonnene Freundin dazu ein. Es gab anschließend an diese Verbrüderung eine kleinen Unfall, dessen Spuren aber gegen eine Reinigungsgebühr von 1 Mark aus der Welt geschafft wurden. (Das Gericht interessierte sich auffallend für diese wenig appetitlichen Vorgänge weit weniger für die viel wesentlicheren, die außerhalb des Hauses folgten.) Unser Unterwachtmeister stand dem lehrhaften Baurkandensvertreiter mit rührender Kameradschaftlichkeit bei und beglich, als beide von einem „schweren Gang“ zurückkamen, aus J.'s Brieftasche die Beche. Er mußte also genau wissen, wo der kein Geld stecken hatte und wie viel es war. Dann brachte er ihn, unterstützt von seiner Freundin, nach der Kaserne. Der Soldat gibt an, das Mädchen habe ihm wiederholt in die Brusttasche gefasst und der Angeklagte habe sich erkundigt, „ob sie es habe?“ Als er an anderen Morgen den Verlust seiner Bechse, acht Mark, bemerkte, erfaßte er gegen H. Anzeige. Der Unteroffizier kam zu ihm auf die Stube und bat ihn, indem er vier Mark auf den Tisch legte und die anderen vier Mark nachzuzahlen

versprach, die Anzeige zurückzunehmen; gleichzeitig verpflichtete er ihn zu strengstem Stillschweigen. Ferner äußerte der Unterwachtmeister zu zwei Stubengenossen bei verschiedenen Gelegenheiten: „Die Hauptsache ist, daß man ohne Geld ausgeht, sich einen antrinkt, und wenn man nach Hause kommt, noch obendrein Geld in der Tasche hat.“ Weber diese Zeugnisaussagen nach die Tatsache, daß er dem Soldaten J. acht Mark angeboten und ihn zur Zurücknahme der Anzeige zu überreden verlust hat, konnte der Angeklagte leugnen.

Der gesunde Menschenverstand — und im Falle, lagen wir einmal eines Arbeiters, als des Angeklagten auch der Juristenverstand — hätte die Schuld des H. für erwiesen erachtet. Aber nein: der Anwalt beantragt wegen „mangelnder Beweise“ Freisprechung und das Gericht schließt sich in lebenswüchsigster Weise diesem Antrag an. Es scheint demnach, als hätten die Treffen ihren möglichen Zauber noch immer nicht eingebüßt.

Jugendweihe der Arbeiterschaft Groß-Berlins

am Sonntag, den 12. September 1926, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karlstraße.

Mitwirkende:

Berliner Volkstheater: Leitung Dr. Zander • An der Orgel: Willi Jaeger • Cello-Trio: Armin Liebermann, Fritz Hoppe, Karl Leuzewski • Weibere: Dr. Lohmann • Der Sprechchor der Proletarierfeierstunde, Leitung Albert Florath und Einzelsprecher Heinrich Witte • Eintrittskarten in den bekannten Verkaufsstellen.

Der betrunkene Autofahrer.

Zwei Menschenleben ruiniert.

Das schwere Strafemengeld, das Mitte Juni d. J. in der Berliner Straße zu Charlottenburg durch den frivolen Leichtsin eines Autofahrers hervorgerufen wurde, ein Menschenleben kostete und ein zweites gefährdete, stand jetzt vor dem Großen Schöffengericht Charlottenburg zur Verhandlung an. Die Forderung, daß sich Autokauffeure vor und während der Ausübung ihres Berufes jedes Alkoholgenusses zu enthalten haben, findet durch den vorliegenden Fall eine besonders eindringliche Unterbreitung.

Angelagt wegen fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Körperverletzung, Fahrens ohne Führerschein war der Kaufmann Gerhard Horstig. Der Beschuldigte, der sich seinerzeit als Verkäufer bei einer hiesigen Autovertriebsgesellschaft beschäftigte und auch dort als guter, zuverlässiger Fahrer die Autos beim Polizeipräsidenten vorführte, hatte eines Abends eine Schwarzfahrt mit einem Kollegen gemacht. Diese Fahrt gestaltete sich zu einer Kneipfahrt, bei der erheblich getrunken und der nur zwei Personen fassende Wagen mit zwei weiteren, der Frau des Kollegen und der Braut des Angeklagten überladen wurde. Zuletzt war der Angeklagte so angetrunken, daß die Frauen Bedenken hatten, weiter mit ihm zu fahren. Er erwiderte aber beruhigend, wenn er am Steuer sitze, werde er nüchtern. Das erfolgte jedoch nicht. Im Gegenteil fuhr der Angeklagte so unjünglich schnell, daß die Frauen anfangen zu weinen und die Braut dauernd rief, sie wolle hinaus. Diesem Ruf begegnete der Angeklagte damit, daß er das Tempo noch beschleunigte. So fuhr er 12 Uhr nachts mit großer Geschwindigkeit in die Berliner Straße hinein. Anstatt nun auf dem schlüpfrigen Blaster vorsichtig zu fahren, verstärkte Horstig noch seinen Leichtsin und sauste förmlich die dunkle Straße herunter, so daß die Braut sich vor Angst die Augen zuhielt, und ein den Wagen beobachtender Straßenbahnkonditor sich im stillen fragte, ob das Auto wohl hell zum Rade kommen würde. Als zwei Arbeiter, Gurek und Jacowski, bei Nachtarbeit mit einem Karren aus der Leibnizstraße in die Berliner Straße eingebogen waren, gerieten sie unter das rasende Auto, dessen Lenker nichts von ihnen gesehen haben will. Gurek erlitt einen tödlichen Schädelbruch, der andere schwere Rippenbrüche. Der Angeklagte, der nach dem Unfall gehalten hatte, suchte sich dann zu drücken, indem er plötzlich wieder in den Wagen sprang und davonlief. Jedoch mußte er bald wieder halten, da er gegen einen Bauzaun fuhr. Ebenso nutzlos war für ihn die Angabe eines falschen Namens bei der Polizei. Jetzt stellte sich auch heraus, daß der Angeklagte, der Autos bei der Polizei vorführte, nicht einmal einen Führerschein besaß, was allerdings seine Firma nicht gewußt hat. Wegen der Schwere der Tat wurde Horstig in Untersuchungshaft genommen. Nur dem Umstande, daß er sehr jung ist und ihm von der Firma ein gutes Zeugnis ausgestellt wird, hat er es zu verdanken, daß das Gericht es bei 1½ Jahr Gefängnis und insgesamt 300 M. Geldstrafe beließ.

„Der Ratgeber.“

Das Urteil in dem großen Betrugsprozess Zimmermann und Genossen, der seit mehreren Wochen das Große Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigt, konnte jetzt endlich gefällt werden. Es handelte sich um wesentlichen um eine Art Versicherungsschwindel, der mit Hilfe einer Zeitung „Der Ratgeber“ begangen wurde. Die Abonnenten dieses Organs sollten gegen Unfälle versichert sein. Ferner war von der Gesellschaft eine sogenannte „Landwirtschaftliche Einkaufszentrale“ betrieben worden, mit deren Hilfe sie sich allerlei Waren, wie Motore, Schreibmaschinen, Weine usw. billig verschafften. Insbesondere hatten die Weine die Eigentümlichkeit, bald zu verschwinden, ohne daß ihr Verbleib aufgeklärt werden konnte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Zimmermann zu 1 Jahr 6 Monaten, den Angeklagten Kottmann zu 1 Jahr und den Angeklagten Schiller zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten erhielten Geldstrafen von 500 bis 1800 Mark.

Vorsicht vor einem Wohnungsschwindler.

Ein falscher Wohnungsvermittler trieb in Rudolfs sein Unwesen. Ein gewisser Wilm Kollisch machte öffentlich bekannt, daß er als konzessionierter Vermittler in der Lage sei, auf rechtlichem Wege Wohnungen zu verschaffen. Den Bewerbern zeigte er jedesmal auch ein Schriftstück, daß er bevollmächtigt sei, die angebotenen Wohnungen zu vermitteln. Beim Abschluß des Vertrages ließ er sich erhebliche Anzahlungen geben; damit war seine Tätigkeit aber beendet. Später erfuhr die Mieter zu ihrem Leidwesen, daß sie die Wohnungen gar nicht beziehen konnten. Betrogene, die noch keine Anzeige gemacht haben, werden ersucht, sich im Zimmer 62 des Polizeiamts Rudolfs zu melden.

Neue Zusicherung.

Ein neues selbsttätiges Anhalten elektrischer Züge in Form einer Zugbeeinflussungsanlage hat die Firma Siemens und Halske herausgebracht. Die abschließende Probefahrt, die dieser Tage in Gegenwart des Vertreters des Reichsverkehrsministeriums stattfand, lief so betriebend aus, daß beschlossen worden ist, sämtliche elektrisch betriebenen Bahnen, mitn hin also auch die elektrisch betriebenen Berliner Vorortstrecken, mit dieser Sicherungsanlage auszurüsten.

Proletarische Berufschauspieler.

Die Rotgenossenschaft proletarischer Berufschauspieler veranstaltete kürzlich in Erbes Festfällen, Hasenheide, zugunsten von Rinderheimen einen bunten Abend. Man spielte eine Zeitfolge „Bombast und Schwung“. In sechs Bildern wurde Politik und Justiz auf satirischer Basis ins Gebet genommen und es ging hierbei allerdings ziemlich lustig zu. Das Bureau eines

Komitees zur Abwehr des Faschismus — in der modischen Kürzungssprache „Cozohula“ benannt — wird durch die bössartigen Anträgen eines streberhaften Polizeipräsidenten aspiranten ausgehoben, vorläufiger weilt die Geschicklichkeit aber die Korrespondenz vorher dem Feuertode: die Polizei wird also genasführt, die gefesselten Risseiter nehmen sich volle Redefreiheit, und machen kräftigst Kabau. Erst bei sich im Bureau, dann im Polizeibureau und es ergibt sich letzten Endes aus diesen ziemlich drastisch geführten Polemiken ein starkes Minus auf Seite der Volkstretungsorgane. Bei der darauffolgenden Gerichtsverhandlung holt sich auch Justitia eine lästige Schlappe, indem ihre kürzlich begangenen kleinen und größeren Sünden — übertragen auf den vorliegenden Fall — in komprimierter Fassung Revue passieren. Dazwischen spielen noch kleine, heitere Intermezzi, worin dargetan wird, daß ein gestrenge Amtsorgan, umgirt von lodenden Frauenaugen, halt auch nur Mann ist und so fort mit Grazie. Gezielt wurde nach besten Kräften, einmütig und feurig befehlt von der Devis: Feste druff. Wenn auch manchmal, im Lieberkeiser, ein wenig übers Ziel geschlagen wurde, so ist doch die Geiselung unliebfamer Vorgänge des öffentlichen Lebens entschieden wertvoller, als die dramatische Ausbeutung romanhaften Klisches.

Frauenmode.

Im Lichthof des Kunst-Gewerbe-Museums, Prinz-Albrecht-Straße 7, findet augenblicklich eine sehr interessante Ausstellung der Frauenmode vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart in kostümlicher und bildhafter Darstellung statt. Wir sehen Porträts aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts in den schweren, karren, überaus kostbaren Brokat- und Damaststoffen des Rokoko, dazu die jeweils moderne höhere oder niedrigere Lockenperücke, reich beladen mit wertvollem Schmuck. Frauen mit Reißrock und Spitzenmanschette, andere im offiziellen Hofkostüm, starre, bildhafte, kolge Gestalten, steif und strenge wie ihre Bewandlung. Gegen die Mitte und das Ende des Jahrhunderts kommt eine leichtere, fast kokette Note in die Kleidung. Die Röcke werden reich gerost, die Halsbänder, Hüften und Bänder erscheinen immer häufiger, die Stoffe sind zur Abwechslung auch aus leichten, duftigen Geweben, die Frisuren werden aus eigenem Haar getragen und die scharf markierte „Bespentaille“ macht der loser gehaltenen Mode des Empirekleides und der hohen dicht unter der Brust abschließenden Gürtung a la Königin Luise Platz. Als kostümlicher Text dieser Rückblicke sind immer die einzelnen Kleidungen der verschiedenen Modeperioden ausgestellt. Man sieht die schweren, kostbaren Gewebe in zarten Pastell- oder stark leuchtenden Farbtönen, die Verarbeitung der Stoffe und somit die Wirkung in malerischer und modischer Beziehung. Daran schließen sich die Moden des 19. Jahrhunderts, die in Kleidung, Frisur und Alltagsausdruck eine viel natürlichere, ganz individuelle Note zeigen. Strenge, herbe Kleidung und Frisur, lose zeitlose Gewänder, Rembrandthüte, Lockenfrisuren, alles bunt durcheinander gewürfelt. So geht es über in unsere heutige, jüngste Mode mit ihren vielen Raffinements in Farbenstimmungen, Geweben und Art der Verarbeitung. Die Bilder zeigen nervöse Frauengestalten mit klugen Augen, schmalstrahligen Köpfen in ihrer Eigenhaft als Repräsentantinnen des heutigen Frauentyps auf dem Gebiet der Mode. Direkt im Gegensatz zu den herben Linien steht die ganz auf Phantasie, Kostbarkeit und Prunz aufgebaute Art der Gewebe, Farbenstimmungen und Verarbeitung der Kleider. Es gibt einfach kein „fann man nicht tragen“ mehr. Die Stoffe sind auserlesen und wirken durch geschmackvolle Drapierung. Bekannte Modelformen liefern die kostbaren modischen Neuschöpfungen, die ausgestellten Bilder wurden teils aus Privatbesitz, teils aus den Beständen der staatlichen Schlossverwaltungen zur Verfügung gestellt. Als Veranstalter der Ausstellung zeichnen die Staatliche Kunstbibliothek, Abteilung Lippert-De-Rossi-Bibliothek, der Reichsverband der Deutschen Modenindustrie und der Reichsverband der Innungen für das Damenschneidergewerbe.

Republikanischer Tag in Spreenhagen.

Lachender Sonnenschein, festlich geschmückter Ort. Ein Ereignis für die Bevölkerung. Der Vorsitzende der neugegründeten kleinen Kameradschaft Spreenhagen, Kamerad Engel, in Verbindung mit dem Kreisvorsitzenden, Kamerad Benz, hatten es gemagt und zu einem republikanischen Tag eingeladen. Der Einladung waren die Kameradschaften Charlottenburg, Schöneberg, Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Erkner, Fürstentum, Budow, Stordow und noch eine Anzahl anderer Kameradschaften gefolgt. In den frühen Morgenstunden rollte ein Postauto nach dem anderen durch die stillen Straßen des Ortes, mit Musik, schwarzrotgoldenen Fahnen und mit Reichsbannerkameraden besetzt. Ein gewaltiger Lärmzug formierte sich um 1 Uhr und begab sich zum dortigen Denkmal der Gefallenen, wo der Kamerad Bauer in einer zu Herzen gehenden Rede wiederum den Beweis erbrachte, daß „wir vom Reichsbanner“ ohne Varn wohl verstehen, unsere Toten zu ehren. Mander Mutter, manchem Ritterschen und auch manchem Vater wurden die Augen feucht. Danach kam eine kurze Minute stillen Gedankens. Auf dem Festplatz die Festrede des Kameraden Polizeisekretär Hildebrandt. Mit einem Hoch auf die deutsche Republik und ihre Verfassung schloß Kamerad Hildebrandt die Kundgebung.

Der Sonntagsausflug in die Sächsische Schweiz.

Ein außerordentlich gut besetzter Sonntagsausflug der Reichsbahndirektion Berlin, der diesmal aus Wagen dritter Klasse bestand, brachte die Berliner Reisenden in die Sächsische Schweiz. Ein großer Teil der Sonderzugsgesellschaft nahm die Gelegenheit wahr, sich Dresden anzusehen, die Anzahl fuhr aber weiter nach Wehlen, Rathen, Schandau, um das selten schöne Spätsommerwetter auszunutzen. Von der Masse der Berliner Ausflügler, die den Sonderzug benutzt hatten, war aber bald nichts mehr zu sehen. Auf gut instandgehaltenen Wegen wurden die bekanntesten Punkte dieses kleinen Hochgebirgsbühls im Herzen Deutschlands, Bastei und Kuhstall, aufgesucht. Hoffentlich gibt der Herbst den Sonntagstretenden auch weiter gutes Wetter, damit den Erholungsbedürftigen durch die Sonderzüge auch weiterhin Gegenden erschlossen werden, die sie sonst vielleicht nie zu sehen bekommen. Aber geht es nicht doch an, die Fahrzeit etwas zu beschleunigen?

Serabekung der Pfandleihgebühren.

Der Polizeipräsident teilt mit: „Durch Verordnung vom 5. August d. J. hat der Minister des Innern eine anderweitige Regelung, und zwar eine Herabsetzung der Zinsätze im Pfandleihgewerbe angeordnet. Danach darf sich der Pfandleiher vom 1. Oktober d. J. ab nicht mehr ausbedingen oder zahlen lassen, als a) vier Pfennige für jeden Monat und jede Mark von Darlehensbeträgen bis zu 50 Mark, b) 3½ Pfennige für jeden Monat und jede den Betrag von 50 Mark übersteigende Mark bis zum Betrage von 100 Mark, c) 2½ Pfennige für jeden Monat und jede den Betrag von 100 Mark übersteigende Mark bis zum Betrage von 500 Mark, d) zwei Pfennige für jeden Monat und jede den Betrag von 500 Mark übersteigende Mark.“

Kleingartenbau-Ausstellung Weihensee. Am Sonntagmittag

wurde die 3. Kleingartenbau-Ausstellung des Bezirksverbandes Weihensee, die auch heute und morgen noch stattfindet, in der Stadthalle, Pistoriusstraße, eröffnet. Stadtbaurat Watz hieß die Eröffnungsansprache, in der er ausführte, daß die Kleingartenbewegung leider immer noch verkannt werde. Sie sei in volkswirtschaftlicher wie in erzieherischer Hinsicht von großer Bedeutung. In den Hungerjahren haben die Kleingärten nicht wenig dazu beigetragen, die Not zu überwinden. Bei den Kindern erwecken die Kleingärten den Sinn für die Natur; festgestellt sei, daß unter den Kindern der Kleingärtner die geringste Zahl Erkrankungen vorliegt. — Daran schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung, die geschmackvoll geordnet den besten Eindruck hinterläßt. Alles, was der Garten hervorbringt, ist hier vertreten, an hundert verschiedene Blumen- und Gemüsearten, Kürbisse, Gurken, Birnen in allen Größen, Kartoffeln, Äpfel und Erd-

Die Konjunktur im Maschinenbau.

Nur 55 Proz. der normalen Leistung. — Unzureichende Bankkredite.

Wie jede Wirtschaftskrise, so hat auch die gegenwärtige mit besonderer Heftigkeit die Produktionsmittelindustrien erfaßt, zu denen in erster Linie der Maschinenbau gehört. Die Entwicklung der Maschinenindustrie ist also als ein Symptom dafür anzusehen, ob die Besserungserscheinungen, die in einzelnen Gewerbezweigen festgestellt wurden, nun schon soweit gewirkt haben, daß auch die Erzeugung von Produktionsmitteln, insbesondere die Metallverarbeitung, daraus Nutzen zieht, und ob sich die Güterherstellung auf eine nachhaltige Besserung der Lage des Geschäfts- und des Arbeitsmarktes einrichtet. Hierzu berichtet der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, der Spitzenverband der deutschen Maschinenindustrie:

Während der Juli eine Abflachung des Auftragsinganges gebracht hatte, zeigte das Geschäft im August wenigstens in einigen Zweigen eine Belebung. Diese hielt sich indessen immer noch im Rahmen der Schwankungen, die jetzt schon eine Reihe von Monaten die Lage kennzeichnen, ohne eine entschiedene Besserung zu bringen. Besonders bei den Auslandsaufträgen war die Zunahme verhältnismäßig gering und machte die während des Juli eingetretene Verschlechterung nicht weit. Die Anfragefähigkeit des Auslandes wird sogar für den August geringer bewertet als für den Vormonat.

Stärker war die Steigerung des Auftragsinganges bei den Aufträgen aus dem Inland, machte im ganzen aber doch nur wenige Prozente aus, so daß immer noch 75 Proz. der Betriebe über durchaus ungenügenden Auftragsingang klagten. Auch die Aufträge des Inlandes zeigten eine Zunahme, die aber im Verhältnis geringer war als die des Auftragsinganges und nicht gerade auf eine weitere Besserung des letzteren im laufenden Monat schließen läßt.

Die Beschäftigung der Werkstätten hat sich im August noch nicht gehoben.

Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden ist sogar noch zurückgegangen, obgleich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit ein wenig gestiegen ist; denn viele Werke lösten sich noch in Verminderungen der Belegschaft gezwungen. Die tatsächlich im ganzen geleisteten Arbeitsstunden machen nur etwa 55 Proz. der bei voller Arbeiterzahl und normaler Arbeitszeit sich ergebenden Stundenzahl aus.

Durch die günstiger gewordene Lage des Bergbaues und der Großmaschinenindustrie ist die erhoffte Belebung der besonders in Frage kommenden Zweige der Maschinenindustrie in nennenswertem Maße bisher nicht erfolgt, ebenso ist die Besserung in der Textilindustrie und im Verkehrsgewerbe noch wenig fühlbar. Die Bau- und Maschinenindustrie verpicht sich von dem Wohnungsbauprogramm des Reiches und der Länder einen belebenden Einfluß. Günstiger klingen auch die Meldungen aus den Kreisen der Rührungs- und Genußmittelmaschinenindustrie und aus dem Fördermittelbau. Hier ist die Beschäftigung zum Teil zufriedenstellend geworden. Im ganzen bleibt trotzdem das Bild der Wirtschaftslage der Maschinenindustrie durchaus unerfreulich.

Ueber die Ausfuhr der deutschen Maschinenindustrie liegen die Nachweise bis Juli vor. Setzt man den Wert der monatlichen Ausfuhr von 1925 = 100, so ergibt sich folgende Reihe:

Jahr	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
1926	120	112	185	125	101	100	103

Danach ist der Verkauf nach dem Auslande, der sich im März und April auf einer bemerkenswerten Höhe befand, seitdem monatlich abgeklungen und folgt damit im üblichen zeitlichen Abstände der Entwicklung des Auftragsinganges.

Auf dem Inlandsmarkt hält der Tiefstand der Konjunktur jetzt schon rund zwei Drittel Jahr an, und immer deutlicher zeichnen sich die Zusammenhänge ab. Soweit triftbare Erscheinungen des Wirtschaftslebens, wie wir sie gegenwärtig durchmachen, einen fördernden Sinn haben, kann er nur darin liegen, durch den Druck der Not Steigerungen des wirtschaftlichen Wirkungsgrades zu erzwingen bzw. zu beschleunigen. Die hierfür in Frage kommenden Vorgänge zerfallen in zwei Gruppen; einerseits sind es negative Maßnahmen, Stilllegungen, Betriebseinschränkungen, Verringerung des Personals, Abstoßung von Vorräten usw., Maßnahmen also, durch die unmittelbar Betriebskapital eingespart wird. Ihnen stehen als notwendige und wichtige Ergänzungen gegenüber die positiven Maßnahmen, wie Erneuerungen, Modernisierungen und Rationalisierungen der Anlagen, die aber im Gegensatz zu jener ersten Gruppe von Maßnahmen Kapital erfordern.

Innerehalb der deutschen Wirtschaft im allgemeinen und der Maschinenindustrie im besonderen sind unter dem Druck der gegenwärtigen Krise die negativen Maßnahmen, soweit sie der Verbesserung des Wirkungsgrades dienen — und leider ja vielfach auch noch weit über diesen Punkt hinaus —, bereits durchgeführt. Von einer Verlängerung des Depressionsdruckes sind also in dieser Richtung begrüßenswerte Wirkungen nicht mehr zu erwarten. Die mindestens ebenso wichtigen ergänzenden positiven Maßnahmen der zweiten Gruppe dagegen mußten bisher in dem größten Teil der deutschen Wirtschaft fast vollständig zurückgestellt werden, da das hierfür nötige Kapital meistens gar nicht oder nicht zu erträglichen Bedingungen zur Verfügung stand. Es ist klar, daß der Maschinenbau, als der Hauptlieferer bei solchen Betriebsverbesserungen, für alle Industriezweige unter diesem Zustand in ganz besonderem Maße zu leiden hat.

Die wirtschaftlich günstigen Folgen einer Kapitalverknappung haben sich also bereits ausgewirkt, und eine Fortdauer der Verknappung auf dem Kapitalmarkt kann also bei dem gegenwärtigen Zustand nur die Wirkung haben, die

Durchführung positiver Rationalisierungsmahnahmen zu verhindern.

Daraus ergibt sich, daß eine beschleunigte Auflockerung des Kapitalmarktes gegenwärtig im dringenden Interesse der deutschen Wirtschaft liegt und als wesentliches Mittel betrachtet werden muß, um eine raschere Ueberwindung des sich immer mehr in die Länge ziehenden Depressionszustandes zu ermöglichen. Das gilt noch ganz besonders für die große Zahl der kleinen und mittleren Betriebe, die bei der Kapitalbeschaffung vielfach mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die sich aus der Sachlage nicht rechtfertigen lassen.

Stärkeres Mitarbeiten der Banken in der Beschaffung von Rationalisierungskapital auch für mittlere und kleinere Betriebe wäre im Augenblick volkswirtschaftlich um so wichtiger, als der Winter mit seinem saisonbedingten Konjunkturrückgang vor der Tür steht, und eine verhängnisvolle Verschärfung der Arbeitslosigkeit sich nur dann verhindern lassen wird, wenn noch vorher alles zur Entspannung der Lage Notwendige geschehen ist.

Der Appell an die Banken, stärkere Mittel für die produktive Beschäftigung der Industrie bereitzustellen, ist nur allzu berechtigt. Gerade die Banken sind es, von denen eine manchmal schon allzu optimistische Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage ausging. Es wäre mit Rücksicht auf die Klagen der beteiligten Industrie und auf die Notlage der unbeschäftigten Arbeiter endlich an der Zeit, daß dieser Optimismus weniger in einer Betrachtung des Börsengeschäfts als in einer Anregung der Produktion seinen sichtbaren, volkswirtschaftlich nützlichen Ausdruck findet.

Güterverkehrs beginnt sich hier schon zu entwickeln, natürlich bei den höchstwertigen Waren und dringlichen Beförderungsgelegenheiten (z. B. auch vor Zolländerungen).

Bei alledem bleibe die Eisenbahn auf lange hinaus unser wichtigstes und meist umstrittenes Verkehrsmittel. Ob sie den anderen Verkehrsmitteln nicht allzu sehr durch einseitige Tarifpolitik Konkurrenz macht, das müßte weit gründlicher untersucht werden, als es bisher geschehen ist. Insbesondere sei über die tatsächliche Kostenfrage aus den Bilanzen der Reichsbahn ein betriebswirtschaftlich befriedigendes Bild zu gewinnen. Das deutsche Verkehrsleben habe den Gedanken des „Service“, des Dienstes am Volke, stets als sein Leitmotiv gelten lassen. Das darf auch durch vorübergehende außenpolitisch beeinflusste Veränderungen der Betriebsform unter keinen Umständen anders werden.

Die Arbeitsmarktlage Anfang September.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Reich hat sich in der Woche vom 30. August bis 4. September nach den Mitteilungen der Landesarbeitsämter nicht verändert. Die Zahl der Arbeitslosen ist meist weiter langsam zurückgegangen, am stärksten in Berlin, Hamburg, Hannover und der Provinz Sachsen, sie hat zugenommen in Ostpreußen. Die Nachfrage der Landwirtschaft zeigt große Schwankungen. In der Industrie steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften im Spinnstoffgewerbe, in der Papierindustrie, in der Konfektion und in der Schuhindustrie, in einzelnen Berufsgruppen der Nahrungs- und Genussmittel- und belebte sich auch im Tagewerbe.

Schon wieder Knappheit an Gefrierfleisch.

In den Kreisen des Gefrierfleischhandels befürchtet man schon wieder für die allernächsten Tage eine gefährliche Verknappung der Gefrierfleischversorgung. Wiederum droht das Reichsernährungsministerium durch eine unangemessene Auslegung der mit dem Parlament getroffenen Vereinbarungen die Fleischversorgung, insbesondere der Großstädte zu gefährden, die nun einmal in zunehmendem Maße aus dem Gefrierfleischimport sich aufbaut. Während man dem Reichstage zusagte, daß von jetzt ab für jeden Monat ein Kontingent von 10000 Tonnen zur Verfügung gestellt werden sollte, hat das Ministerium Berechtigungscheine für den Gefrierfleischimport in Höhe von nur 31000 Tonnen für 3 1/2 Monate (für die Zeit vom 15. Juni bis zum 30. September d. J.) ausgegeben. Es hat also damit die mögliche und mit dem Parlament vereinbarte Importmenge willkürlich um etwa 5000 Tonnen Gefrierfleisch vermindert. Bisher ist es trotz aller Bemühungen nicht möglich gewesen, für eine zusätzliche Menge die Einfuhrerlaubnis zu erhalten. Vielmehr scheint das Ministerium abermals die Angelegenheit solange verschleppen zu wollen, bis die Verknappung auch für den Verbraucher fühlbar ist.

Wie gefährlich diese Politik ist, zeigt vielleicht am besten eine kürzlich erschienene amtliche Zusammenstellung über den Anteil des Gefrierfleischverbrauches an der Fleischversorgung deutscher Großstädte. 10 Proz. des Berliner Fleischverbrauches werden vom Gefrierfleisch bestritten. Im Gebiet des westlichen Industriebezirks sind die Ziffern noch beträchtlich höher: 23 Proz. des Fleischverbrauches in Essen, 28 Proz. des Fleischverbrauches in Bielefeld und 30 Proz. des Fleischverbrauches in Aachen entfallen auf das Gefrierfleisch. Dabei ist in diesen Städten des westdeutschen Industriebezirks der Gefrierfleischverbrauch außerordentlich niedrig und liegt beträchtlich unter dem Reichsdurchschnitt.

Hier zeigt sich von neuem, mit welcher Rücksichtslosigkeit die bürgerliche Reichstagsmehrheit bei den Verhandlungen über die Lebensmittelpolitik und das Gefrierfleischkontingent im letzten Juni die Interessen der breiten Massen hintangelegt hat. Statt eine klare Regelung zu schaffen und für eine ausreichende Versorgung der deutschen Arbeiterschaft mit Fleisch wirksame Maßnahmen gesetzlich zu sichern, hat man sich mit einer lockeren und inhaltlich unklaren Vereinbarung begnügt, an die sich heute die Behörde kaum noch lehrt. Die Situation vom Mai und Juni d. J., in denen die Politik des Reichsernährungsministeriums bereits einmal zu schärffsten Preissteigerungen des Gefrierfleisches infolge der eingetretenen Verknappung geführt hat, droht sich in den nächsten Tagen zu wiederholen. Es ist dringend wünschenswert, daß baldmöglichst etwas gegen diese Gefahr getan wird. Sobald der Reichstag zusammengetreten ist, wird er sich abermals mit den Zuständen am Gefrierfleischmarkt und mit der eigenartigen Haltung des Reichsernährungsministeriums kritisch befassen müssen.

Kapitalerhöhungen bei den Hausbesitzerbanken. Soeben beantragt die Deutsche Hauptbank für Hypothekensachen A.-G. in München eine Kapitalerhöhung um 500 000 Mark und beruft zu diesem Zweck auf den 20. September eine Generalversammlung; legt schließt auch die Landesbank Bayerischer Grund- und Besitzervereine L.-G. eine Erhöhung des Aktienkapitals um ebenfalls 500 000 Mark vor. Die Firma wird umgeändert werden in Zentralbank für deutschen Haus- und Grundbesitz A.-G.

Kapitalerhöhung der Dresdner Bank. Die außerordentliche Generalversammlung der Dresdner Bank genehmigte einstimmig die Erhöhung des Aktienkapitals dieser Großbank um 22 Millionen auf 100 Millionen Mark. Den Aktionären werden auf je 400 Mark alte Aktien 100 Mark neue zu einem Kurs von 120 Proz. überlassen. Der gegenwärtige Kurs der Dresdner Bankaktien beträgt 139,5 Proz.

Deutschland am amerikanischen Anleihemarkt. In einem Bericht über die deutsche Finanzlage erklärt das „Journal of Commerce“, New York, daß offenbar die Kreditquellen Deutschlands im Inlande schwächer stehen, so daß die deutschen Banken und die deutsche Industrie sich wieder mehr an Amerika wenden und man in naher Zukunft wieder mit einer stärkeren Inanspruchnahme des amerikanischen Kapitalmarktes durch Deutschland rechnen kann. So glaubt man, daß das Obligationengeschäft, das fast zwei Monate lang geruht hat, sich wieder beleben wird. Die neuen deutschen Kredite werden jedoch entsprechend der deutschen Wirtschaft zu erheblich besseren Bedingungen als bisher gewährt werden. Das „Journal of Commerce“ weist auf die neuen Anleiheverhandlungen des preussischen Staates hin. Ferner werden Dillon Read and Co. 15 Millionen Dollar 6 1/2prozentige Obligationen der Sächsischen Werke unterbringen. Die Stadt Leipzig sucht 5 Millionen Dollar in New York, auch wird mitgeteilt, daß die Sinesische Kohlen-Gesellschaft in New York Kreditverhandlungen führe. Ferner suchten die deutschen Banken wieder Kredite, und Dillon Read hat sich verpflichtet, 10 Millionen Mark der neuen Aktien der Disconto-Gesellschaft zu übernehmen. Es seien weiter Anzeigen vorhanden, daß auch andere deutsche Großbanken die finanzielle Unterstützung Amerikas in Anspruch nehmen werden.

Verarbeitung russischer Öle in Deutschland. Die Delwerke Julius Schindler G. m. b. H., Hamburg, hat mit dem russischen Rappha-Syndikat einen Vertrag geschlossen, nach dem ihr laufend große Mengen russischen Rohöls zur Verarbeitung auf hochwertige Spezialchemikalien zur Verfügung gestellt werden. Die ersten Partien sollen bereits in der nächsten Zeit in Batum zur Verladung kommen. Auf diese Weise wird die Hamburger Firma in die Lage versetzt, ihre Destillations- und Raffinationsanlagen in Neuhoj bei Hamburg voll zu beschäftigen. Es ist dieser Vertrag der erste Fall, daß das russische Rappha-Syndikat sich in derartiger Weise mit ausländischen Werken verträgt.

Moderne Verkehrsprobleme.

Auf dem Eisenbahn-Betriebs- und Beamtenräte-Kongress in Kassel am 5. September 1926 hielt Regierungsrat Dr. Kürbs einen Vortrag über „Die Verkehrsinstiute und ihre Aufgaben in der deutschen Volkswirtschaft“, in dem er etwa folgendes ausführte:

Die enorme Bedeutung der modernen Verkehrsmittel für das ganze wirtschaftliche Dasein der Nationen wird fast immer unterschätzt. Selbst das älteste Verkehrsmittel, die Landstraße, hat im letzten Jahrhundert noch eine kaum glaubliche Entwicklung genommen. In einer Zeit, in der die deutsche Bevölkerung sich nicht einmal verdreifacht hat, seit Ende der napoleonischen Kriege, ist die Länge der Landstraßen in Preußen von 4000 Kilometern auf mehr als das dreifache, nämlich 140 000 Kilometer gewachsen. Der Goldwert der Eisenbahnen von heute ist wahrscheinlich beinahe gerade so viel wie das ganze Volkvermögen etwa zu Schillers Zeit zu schätzen. In den Vereinigten Staaten haben sich die Landstraßen gar um 20 000fache vermehrt, und von allen Schienen auf der Erde hat das eine Fünftel der Menschheit, das Volk der Vereinigten Staaten, allein ein Drittel. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen dort viermal so viel Eisenbahnlängen als bei uns. Von den 22 Millionen Kraftwagen, die zurzeit über die Erde rollen, laufen 18 Millionen, also mehr als vier Fünftel, für dieses eine Siebentel der Menschheit. Und nun gar die Reisedauer! Zu des Großen Friedrichs Zeiten brauchte ein Planwagen mit Getreide von Magdeburg bis Berlin mindestens vier Tage und ein Schiff vom Schwarzen Meer bis Gibraltar fast vier Monate.

Kürbs zeigte, wie durch diese enorme Ausweitung des Verkehrs die Arbeitsweisen allein sich so verändern konnten: Einst wanderte die Menschheit nach den Futterplätzen in blutigen Völkerwanderungen und Kriegen, jetzt wandert die Ware zum Menschen, und in immer größeren Massen.

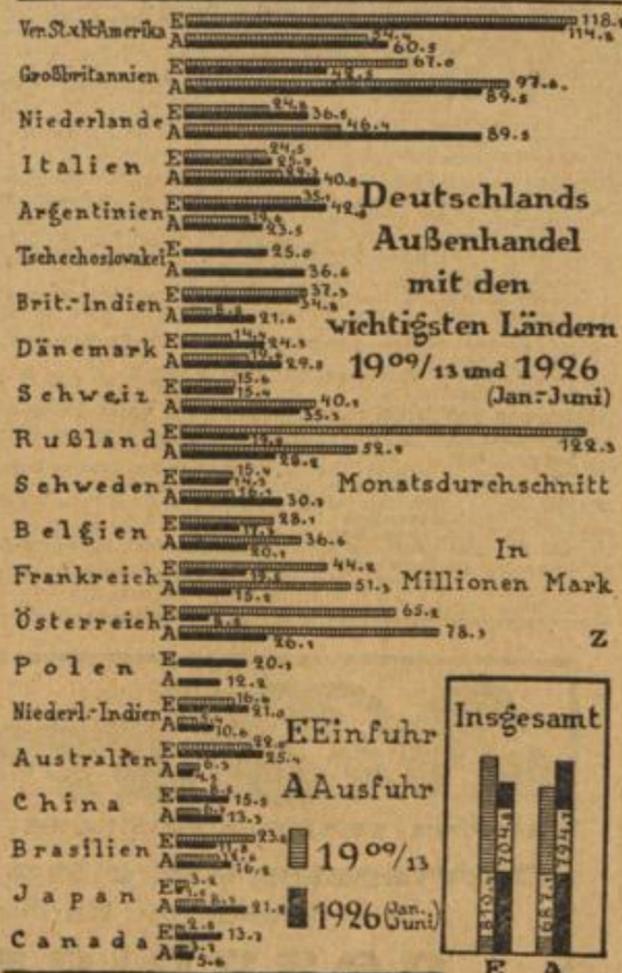
Eine der eigenartigsten Entwicklungen, die in Deutschland eben erst beginnt, ist der Ferntransport der Flüssigkeiten und Gase durch Röhrenleitungen (Pipe-Lines); in den Vereinigten Staaten liegen allein an Stahlröhren für Petroleum 13mal so viel Röhrenleitungen an Länge, wie es in Deutschland überhaupt Eisenbahnen gibt.

Als wichtigste Verkehrsprobleme ist zunächst im Eisenbahnenwesen die Beseitigung der Staatenspreitung anzusehen, die auf dem Verkehrsgebiete zu außerordentlichen Unwirtschaftlichkeiten führe, dann aber das bessere Zusammenarbeiten der Verkehrsmittel, bei dem gegenüber der reinen Rentabilität die volkswirtschaftliche Produktivität mehr in den Vordergrund treten müsse. Bei der Abwägung der Frage, ob die jetzige Wirtschaftsform der Reichsbahn richtig sei, verweist Kürbs auf die von außen der Eisenbahn aufgezwungenen Notwendigkeiten in der Reparationsfrage, deren Kosten die Eisenbahn allein zu beinahe 40 Proz. trägt. Hier bleibe dennoch für Kritik an dem Gesehehenen mancherlei Raum. Dies insbesondere auch gegenüber der Binnenschifffahrt, wobei Kürbs darauf verweist, daß wir selbst heute noch mehr schiffbare Wasserstraßen haben, als Frankreich mit seinem altherberühmten Kanalnetz. Bei sorgfältiger Abwägung des Für und Wider der Elektrifizierung der Eisenbahn kommt Kürbs zu einem bejahenden Ergebnis für die Elektrifizierung, da sie die volkswirtschaftliche Leistungskraft der Reichsbahn bedeutend erhöhen würde.

An der Seeschifffahrt schließt Kürbs die Ueberlastung der Weltseeschifffahrt mit Schiffsraum. Mindestens ein Drittel der Weltflotte sei zu viel, und das Schicksal der amerikanischen Staatsflotte, die nun

abgewrackt werden müsse, sei fast tragikomisch. Nach einer kurzen Skizze der Post schildert Kürbs die weitgehende Ausweitung des Kraftwagenwesens und tritt insbesondere für weit bessere und gründlichere Pflege des Kraftwagenverkehrs in Deutschland ein, das ohnehin aus mancherlei Gründen bei uns relativ günstig entwickelt ist.

Die Darstellung des Flugzeugverkehrs ergab die überraschende Tatsache, daß der Luftverkehr nicht etwa frei wie der Vogelflug vor sich geht, sondern straff monopolisiert ist. Wie weit auch hier die Behelmeigung noch einmal gehen ist, zeigt Kürbs an mehreren Beispielen, besonders an diesem: Der Luftverkehr London—Indien braucht auf dem normalen Wege 36 Tage, auf dem Luftwege ihrer vier. Ein erster Anlauf schwachen



Die jüdische Braut.

Erzählung von Max Barthel.

In Holland tippelte ich mit zwei jungen Württembergern, die zum ersten Male aus der Heiterkeit schwäbischer Landschaft in die weite Welt vorstiegen, um sich abzuschleifen. Als fröhlicher Begleiter lief neben uns der Supp, ein Kölscher Junge, in dessen zierlichem Gesicht sich deutsches und romanisches Wesen glücklich mischten. Aber wir blieben nicht lange zusammen. Die Harmonie unserer Kameradschaft wurde empfindlich gestört, als der letzte Gulden ausgegeben war, jeder einzelne selbst um den Bissen Brot für den kommenden Tag kämpfen mußte und im besten Freund nur noch den lästigen, immer hungrigen Weggefährten sah.

Der Sommertag lag wie ein golden erhitotes Blumenbeet über den leuchtenden Gärten von Leyden und Haarlem, glitzerte gläsern um die vornehme Pracht schöner Villen, verführte sich in den heiteren Kanälen und rauschte in den wie Springbrunnen starr, stolz und glanzvoll aufgestellten hohen Pappeln. Bei Scheeningen hatten wir auch im Meere gebadet, abseits der Rabinen der noblen Leute, und waren vielleicht noch glücklicher als sie. Jeden Fußbreit Erde und Ferne hatten wir erobert, mit unserm Wanderschweife gedünkt, den fernem, tausenden Maschinen abgetrogl. In unserm Blute sang die Sehnsucht nach der Welt. Nun waren wir in der Welt, nun waren wir in der Freiheit unserer zwanzig Jahre, in der Weichheit des schönen Sommertages, in der Sternruhe mancher strahlenden Nacht.

Auf einem Jahrmarkt bei Haag gaben wir unser letztes Geld aus. In dem leichten Wagen, an dem wir unsere Getränke kauften, kam es zu einem Streit. Der Händler vermutete in uns kapitalträchtige Leute und behauptete, wir hätten noch nicht bezahlt. Aber da mischte sich ein alter Herr ins Gespräch.

„Die Mijsheers haben bezahlt,“ sagte er, „und ihr Geld ist genau so gutes Geld wie das der anderen Leute.“

Um jenen Wagen hatten sich, angelockt von dem heftigen Wortwechsel, viele Kirmesgäste gesammelt. Auch vier junge Mädchen eilten herbei. Das waren dieselben Mädchen, die uns vorher schon nach den grünen Büschen längs der Straße verlocken wollten, um dort unter freiem Himmel für einige Groschen ihre herzliche Liebesbereitschaft zu erweisen. Diese Mädchen nahmen unsere Partei und begannen erst dann zu höhnen und zu spotten, als wir eifrig die bunte Kirmes verließen, an einem dunklen Kanal anhielten, uns über das Brückengeländer beugten und in das ziehende Wasser spuckten, wie wir es den alten Fischern und Seeleuten abgesehen hatten.

Am dritten Tage unserer Wanderschaft erreichten wir die Stadt Amsterdam und zogen unter dem mahlofen Jubel der Straßenjungen ein. In der ersten Nacht blieben wir in einer schmutzigen Herberge, deren Adresse wir in Leyden erfahren hatten. Die nächsten Tage vergingen in der Hege um das tägliche Brot.

Der deutsche Hilfsverein und der Herr Konsul — wie sollte es anders sein? — blieben hart. Sie mußten ja Deutschland repräsentieren. Was waren wir? Junge Abenteurer, wenn alles gut ging, arbeitscheues Gesindel, wenn die Herren unter sich waren und die Klagen der reichen Pfefferfäcke über das Bettlerumwesen anhören mußten. In jenen Tagen, an denen wir sehr viel hungerten, zerstückte sich unsere Wanderfreundschaft. Die Württemberger reisten nach Deutschland zurück. Der Supp hatte uns schon vorher verlassen. Sein zierliches Gesicht war ganz böse, als er kalt und herzlos jeden Cent vorrechnete, den er mit uns geteilt hatte.

Endlich kam für kleine literarische Mitarbeiter für mich ein wenig Geld, genug, um in einem billigen Kosthaus zu logieren und Zeit zu gewinnen, um sich in die Geheimnisse der Stadt Amsterdam zu vertiefen. Schön war diese Stadt! Zwischen zwei Sonnen vergingen die Tage, zwischen dem Reichsmuseum und dem Judenortel. Kein, auch das Licht des Museums kam ja aus der Joedenbreedstraat und stammte aus den Bildern Rembrandts, vor allem aber aus seiner „Jüdischen Braut“.

Das Mädchen Anne in der Herberge war ein holländisches Mädchen. Sie verstand kein deutsches Wort. Da sie aber ein junges Mädchen war, verstand sie die bewegte Sprache der Augen, das leise Flüstern des Mundes, das Streichen einer heißen Hand, den Liebeskuss der frühen Jahre. Jeden Morgen kam die Anne in mein dunkles, fensterloses Zimmer und weckte mich. Mit hellem Gelächter zerrug sie meine Umarmungen und küßte und gab sie vernehmend wieder zurück. So kam jeden Morgen Licht in meine dunkle Stube, schönes Licht aus blauen Augen. Aber ich liebte Anne nicht so bedingungslos, wie ich früher geliebt hatte. Ich liebte mich nur lieben. Mein Herz hing im Reichsmuseum an der „Jüdischen Braut“, beugte sich und war wie die schöne junge Frau, die mit unfagbarer Armut ihren Kopf an die breite Brust ihres Geliebten lehnt.

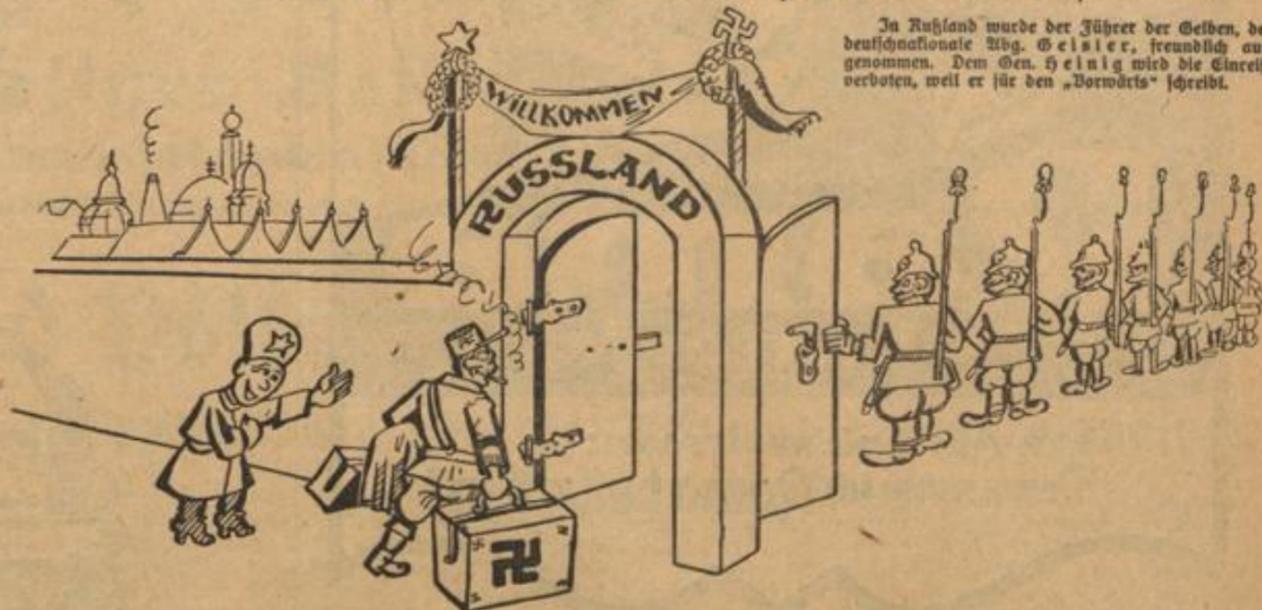
Zwei Mädchen arbeiteten in jenem Kosthaus, Anne und Gretje. Als nun diese Gretje eines Morgens in unsere Kasse und Umarmungen hereinbrach, schämte ich mich. Das Mädchen aber lachte, und es war ein Glockenton in ihrer Stimme, der mich rührte und erschütterte. So hätte, wenn sie noch lebte, die „Jüdische Braut“ im Reichsmuseum gelacht! Gretje war nicht schön, nein, sie war dünn und mager, hatte über einer niedrigen Stirn wüste, schwarze Haare. Ihre Hände waren groß und verarbeitete. Ihre Kleider waren nur elende Fetzen. Sie mußte sehr arm sein. Und dennoch war sie durch ihr dunkles Gelächter mit dem Rembrandtbild verschwefelt.

Am jenem Tage fand ich keine Ruhe vor den toten Gemälden. Immer hörte ich das Lachen des häßlichen Mädchens. Die „Jüdische Braut“ war in goldene und purpurne Gewänder gekleidet. Ihre Hände waren lieblich, famien war ihr Gesicht, paradiesisch blühte ihre Brust. Und doch: sie war für mich keine himmlisch Erhöbete mehr, sie hatte ein irdisches Herz, und ihre Schwester war eine häßliche Dienstmagd in einer Herberge.

Mit jener Gretje habe ich in den Wochen, als ich in dem Kosthaus wohnte, kaum ein Wort gewechselt. Auch die Kasse und Heimlichkeiten mit Anne hörten auf. Ich war wie beengt und wollte zehntmal das Quartier wechseln und blieb doch, ließ mich von Gretje ansehen, hörte unter ihren geschwunden Augenblitzen mein Herz heftiger schlagen, lag oft allein in der dunklen Kammer, lauschte ihren Schritten und war glücklich, wenn ihr zauberhaftes Lachen durch das Haus schwebte.

Das Judenquartier von Amsterdam ist ein Proletariatsviertel. Die Diamantschleifer sind dort zu Hause, die kleinen Händler und Kaufleute. Und die schönsten Mädchen der Welt. Gegen die blühende Erde der holländischen Mädchen sind sie wie verunstaltete

Merkwürdiges aus einem Proletariatsstaat.



In Rußland wurde der Führer der Gelben, der deutschnationalen Ulg. Geisler, freundlich aufgenommen. Dem Gen. Feinig wird die Einreise verboten, weil er für den „Vorwärts“ schreibt.

„Herzlich willkommen, Towarischtsch Geisler!“



„Hilfe, Hilfe! Ein „Vorwärts“-Berichtersteller!“

Märchenfiguren. Auch noch im Schmutz und Dunkel einer Kellerwohnung und einer lichtlosen Gasse. Rembrandt wachte, warum er in diesem Stadtteil seine Welt und Umwelt in goldene und schwarze Purpurfarben auflöste und neu erschuf. Das Licht der Joedenbreedstraat hat auch die braven Bürger Amsterdams für alle Zeiten verklärt.

Fast jeder Abend führte mich in jenes Quartier. Wenn die Nacht über die Stadt stürzte und in den langen, schwarzen Grachten die Lampen schwankten und funkelten, wenn die Cafés, Konzerthallen und Lichtspielhäuser sich wie singende Schiffe aus dem steinernen Käfig der Straßen lösten, in dieser Zeit strich ich durch das jüdische Quartier, sah in jeder Frau und in jedem Mädchen eine Rauh oder Rahel und war beglückt, wenn mich ein schwarzer Augenblitz streifte. Dann schwebten die Lichterleiten der Laternen wie rote und grüne Edelsteine in dem leise ziehenden Wasser der Kanäle und Grachten.

In einem Abend begegnete ich auch der Gretje aus meiner Herberge. Sie war nicht allein. Ihren schmalen Arm hielt ein vollerblichtes jüdisches Mädchen. Im Vorüberstreifen hörte ich ihre rauhe Wüstenprache. Dann fiel Gretje mit ihrem gurrenden Gelächter ein, ihrem Taubengelächter, das man auch manchmal in den deutschen Wäldern hört, wenn Liebe die kleinen Vogelherzen überfällt.

Auch in mein Herz fiel in dieser Nacht der Hunger nach Liebe. Ruhelos lief ich durch schwarze Straßen. Jedes Licht aus gefährlichen Stuben, in denen Jünglinge und Mädchen, Männer und Frauen jählich beieinander saßen, verbrannte mich. Wir leiden ja alle schon an der Liebe, ehe wir ihre Schmerzen und Freuden mit Leib und Seele erleben dürfen. Das aber wissen wir schon in der ersten Mannbarkeit, daß im Wächeln einer Frau die Sätze und Bitternis einer ganzen Welt beschlossen liegt. . . . (Schluß folgt.)

Träumen die Tiere? Ob die Tiere träumen, ist eine Frage, die neuerdings mehrfach erörtert wurde, so von dem Leipziger Zoologen Hempelmann in seiner „Tierpsychologie“. Diese Frage ist schon deswegen recht schwer zu beantworten, weil wir auch über den Traum des Menschen nicht sehr viel Klarheit besitzen. Zum anderen aber ist es natürlich falsch und gefährlich, aus gleichem Verhalten der Tiere auf gleiche Vorgänge wie beim Menschen schließen zu wollen, da wir über das Geistesleben der Tiere, wenn wir überhaupt von einem solchen sprechen wollen, doch recht wenig wissen. Immerhin lassen sich Vorgänge beobachten, die den Schlaf zulassen, daß es auch bei höherstehenden Tieren so etwas wie einen Traum gibt.

Bei vielen Tieren wird beobachtet, daß sie sich im Schlaf lebhaft bewegen in charakteristischer Weise; manche geben Laute von sich: Hunde bellen, Katzen fauchen, Pferde wiehern. Ein Pferd, das den italienisch-türkischen Krieg mitgemacht hatte, fing sieben Wochen nach seiner Rückkehr an, nachts unruhig zu werden, indem es im Schlaf wiehern, mit den Hufen schlug und bissig war, während es am Tage und im wachen Zustande äußerst zahm war. Daß Hunde im Traum zu jagen scheinen, wird häufiger berichtet. Ueber einen Hund wird mitgeteilt, daß er dabei in hohen Tönen bellt und mit den Beinen ausschlägt oder zuckt. Solche Anfälle treten immer dann auf, wenn er vorher in den Wald spazieren geführt worden ist. Er läßt sich auch künstlich in diesen Zustand versetzen, indem man ihm den Waldgeruch durch einen vorgehaltenen Fichtenzweig hervor-

ruft; sehr bald treten dann die für seine „Träume“ typischen Erscheinungen ein.

Es ist natürlich unmöglich, festzustellen, ob der Hund oder das Pferd wirkliche Traumbilder gesehen haben oder anzugeben, welche Vorgänge sich in ihrem Zentralnervensystem abgespielt haben. Aber es liegt auf der Hand, daß, nach den Äußerungen der Tiere im Schlafe zu urteilen — wofür sich viel mehr Beispiele bringen lassen als die angeführten —, wir es hier mit Vorgängen zu tun haben, die dem Traum des Menschen ähnlich sind — es liegt kein Grund vor, nicht auch hier von Traum zu sprechen. B. S.—n.

Goldzähne sind steuerpflichtig. Es gibt verschiedene Wege der Kapitalverschlebung. Einen fetsamen Weg, der Kapitalflucht nachzugehen, hat jüngst die Steuerbehörde von Atlantic City in den Vereinigten Staaten gewahrt. Nach Zeitungsmeldungen hat der Steuereinnahmer dieser amerikanischen Stadt erklärt, daß unter Umständen goldene Zähne als besterwerbendes Eigentum angesehen werden können. So sind die Goldzähne eines gewissen Mr. Kiddler, deren Wert auf ungefähr 1200 Dollar geschätzt wird, mit einer Steuer von 30 Dollar belegt worden. Aber Mr. Kiddler hat sich diese eigenartige Steuerbelastung nicht gefallen lassen. In einem Prozeß wird das Für und Wider dieser Steuer erörtert werden, und es werden außerdem Zahnärzte als Sachverständige zugezogen werden müssen, um den genauen Wert des goldenen Gebisses abzuschätzen. In der ersten Instanz hat sich das Gericht auf die Seite des Fiskus gestellt. Die Beunruhigung unter den Trägern von Goldzähnen ist, wie man sich denken kann, groß.

Die Strafkarte. Chicago, das keinen guten Namen in bezug auf seine Kriminalität besitzt, hat eine merkwürdig schnelle Methode, um Autofahrer, die zu schnell oder nicht auf der richtigen Seite fahren, zur Ordnung zu rufen. Wenn ein Autofahrer eine diesbezügliche Bestimmung übertritt, dann wird er von einem Polizeigenossen angehalten. Letzterer entnimmt seinem Protokollbuch eine Karte, schreibt hierauf die Liebertragung mit der Strafe, welche darauf steht, und gibt diese dem Führer. Er selbst behält eine Kopie. Der Autofahrer fährt nun mit dieser Karte innerhalb 36 Stunden auf ein Polizeibüreau, hier zeigt er seine Strafkarte vor, bezahlt die angegebene Strafe, erhält eine Quittung — und die Sache ist erledigt. Es kommt auch vor, daß er nicht bezahlt, in dem Falle erhält er eine Vorladung und die Sache wird einem Richter vorgebracht. Doch die Erfahrung lehrt, daß dies nur sehr selten vorkommt und die meisten Führer sich eilen, ihre Strafkarte zu bezahlen.

Von der Quelle des Soda. Ein großer Teil der in europäischen Haushaltungen verbrauchten Sodamengen kommt von dem Magadisee in der englischen Kenjo-Kolonie, einem See, der 20 Kilometer lang und sechs Kilometer breit ist und der im heißesten Sommer das Aussehen eines unbewegten gefrorenen Sees hat. Seine ganze Oberfläche ist nämlich mit einer ungeheuren Anzahl von Sodakristallen bedeckt, so daß eine Person in aller Ruhe darüber spazieren kann.

Was alles auf der Welt gegessen wird. In China sind halb-ausgebrütete Hühnerkeiler besondere Vederbissen, in Neu-Brunswil (Australien) ist man Kanguruhschwänze, in Birma geröstete rote Ameisen, in Rio de Janeiro Affenrückenstücke und Papageienpasteten, in Malabar Fiedermäuse, im hohen Norden Amerikas Bräuerwölfe, in Ostamerika Eichhörnchen, in Westindien und Japan Ratten, am Amazonas Leoparden, in China Hunde, auf Ceylon Elefantenspfoten, in Italien gebadene Polpen, Seepinnen und kleine Weichtiere. Der Engländer Shaw erklärt Löwenfleisch als Vederbissen. Darwin ist mit besonderem Vergnügen Puma, Dr. Brown geschmolzenes Bärenfett als etwas Köstliches.

